Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2009

19. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks durchgeführt durch HIS Hochschul-Informations-System – Ausgewählte Ergebnisse –

WISSENSCHAFT

Ideen zünden!

Der vorliegende Bericht wurde im Auftrag des Deutschen Studentenwerks (DSW) und mit Förderung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) von HIS Hochschul-Informations-System GmbH, Hannover, erstellt.
Die Verantwortung für den Inhalt trägt HIS.

Eine Internet-Version dieses Berichts und des Hauptberichts der 19. Sozialerhebung finden Sie auch im WWW unter den folgenden Adressen:
http://www.sozialerhebung.de
http://www.bmbf.de
http://www.studentenwerke.de
http://www.his.de

Impressum

Herausgeber
Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)
Referat Wissenschaftlicher Nachwuchs, wissenschaftliche Weiterbildung
10115 Berlin

Bestellungen
Schriftlich an den Herausgeber
Postfach 30 02 35
53182 Bonn
oder per
Tel.: 01805 - 262 302
Fax: 01805 - 262 303
(0,14 Euro/Min.)
E-Mail: books@bmbf.bund.de
Internet: http://www.bmbf.de

Druckerei:
BWH GmbH,
Hannover

Bonn, Berlin 2010

Gedruckt auf Recyclingpapier

Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Wolfgang Isserstedt, Elke Middendorff, Maren Kandulla, Lars Borchert,
Michael Leszczensky

Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2009

19. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks durchgeführt durch HIS Hochschul-Informations-System – Ausgewählte Ergebnisse –

WISSENSCHAFT

Ideen zünden!

Vorwort

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und das Deutsche Studentenwerk (DSW) stellen mit dieser Publikation die Ergebnisse der 19. Sozialerhebung vor, die im Sommersemester 2009 durchgeführt wurde. Die Ergebnisse basieren auf mehr als 16.000 Fragebögen, die deutsche Studierende und studierende Bildungsinländer/innen von 210 deutschen Hochschulen ausgefüllt haben, und die die HIS Hochschul-Informations-System GmbH ausgewertet hat.

Die Sozialerhebung wird seit 1951 im Abstand von drei Jahren durchgeführt und bildet die soziale und wirtschaftliche Lage der Studierenden in Deutschland ab. Die Kontinuität der Erhebungen erlaubt damit Vergleiche und Überblicke über einen langen Zeitraum. Die Zeitreihen im Kapitel Bildungsbeteiligung sind zu einem der wichtigsten Indikatoren dafür geworden, ob und in welchem Umfang sich die Chancengerechtigkeit beim Hochschulzugang in Deutschland verändert hat.

Die Ergebnisse der 19. Sozialerhebung bestätigen, dass die Verbesserungen im Rahmen des BAföG positive Wirkungen zeigen. Gleichwohl besteht noch immer ein enger Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Hochschulzugang. Deshalb bleibt in den nächsten Jahren die Verwirklichung von Chancengerechtigkeit eine der dringendsten Aufgaben der Bildungspolitik. Nur durch eine hohe Bildungsbeteiligung der nachfolgenden Generation am Hochschulstudium kann der erforderliche akademische Fachkräftebedarf für die Zukunft gesichert werden. Dass wir hier auf einem guten Weg sind, belegen die aktuellen Studienanfängerzahlen.

Die Daten der 19. Sozialerhebung geben uns wichtige Informationen über Einnahmen und Ausgaben der Studierenden und mögliche Handlungserfordernisse, um die finanziellen Rahmenbedingungen für die Studierenden weiter zu verbessern. Die Ergebnisse unterstreichen die besondere Relevanz der sozialen Rahmenbedingungen für den Hochschulzugang und für den Studienerfolg. Sie liefern der Politik, den Hochschulen und den Studentenwerken wichtige Hinweise für zukünftiges hochschulpolitisches Handeln und zur Qualitätsentwicklung der Service- und Beratungsangebote rund um das Studium.

Im Hinblick auf den Hochschulbereich ist die 19. Sozialerhebung eine der wichtigsten Datengrundlagen für die nationale Bildungsberichterstattung sowie für die internationale Vergleichsuntersuchung EUROSTUDENT. Auf Grundlage der erhobenen Daten erscheinen zudem Ende 2010/Anfang 2011 zwei Sonderauswertungen zu den Themenfeldern „Soziale und wirtschaftliche Lage der Bachelor-Studierenden“ sowie „Die soziale Lage der ausländischen Studierenden in Deutschland und der deutschen Studierenden im Ausland“.

Wir danken den Studierenden, die den umfangreichen Fragebogen ausgefüllt haben, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Hochschulen und Studentenwerke für ihre Unterstützung sowie den Beschäftigten der HIS Hochschul-Informations-System GmbH für die erfolgreiche Durchführung dieser Erhebung.

Berlin, im März 2010

Prof. Dr. Annette Schavan, MdB
Bundesministerin für Bildung und Forschung

Prof. Dr. Rolf Dobischat
Präsident des Deutschen Studentenwerks

Inhaltsverzeichnis

Seite

Vorbemerkung 1

1. Studierende und Hochschulentwicklung 2

2. Chancenstrukturen und Beteiligung an Hochschulbildung 8

3. Studienfinanzierung und wirtschaftliche Situation der Studierenden 13

3.1 Einnahmen der Studierenden 13
3.2 Die Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz 18
3.3 Ausgaben für die Lebenshaltung 21
3.4 Ausgaben für allgemeine Studiengebühren/-beiträge 23

4. Die Zeitstruktur des studentischen Alltags – Studium und Erwerbstätigkeit 24

5. Soziale Infrastruktur für Studierende 29

Vorbemerkung

Mit diesem Kurzbericht wird eine Auswahl der Ergebnisse der 19. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks präsentiert, die im Sommersemester 2009 von HIS Hochschul-Informations-System durchgeführt wurde.[1] Die Ergebnisse basieren auf den Angaben von 16.370 Befragten und sind repräsentativ für die Studierenden an deutschen Hochschulen.[2]

Die Sozialerhebung, die seit 1951 zumeist im dreijährigen Rhythmus durchgeführt wird, ist ihrer Anlage nach ein mit wissenschaftlichen Methoden erstelltes, befragungsbasiertes Berichtssystem, das ein umfassendes Bild der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Studierenden in Deutschland sowie zu einigen ausgewählten Aspekten der Studiensituation und des Studienverlaufs zeichnet. Der Untersuchungsreihe liegt die Annahme zugrunde, dass der erfolgreiche Verlauf eines Studiums nicht nur von den Bedingungen des Lehrens und Lernens an der Hochschule abhängen, sondern auch von den sozialen und wirtschaftlichen Voraussetzungen, unter denen ein Studium durchgeführt wird, und damit von der sozialen Infrastruktur, die Staat, Hochschulen, Studentenwerke oder andere Einrichtungen bereitstellen (z. B. BAföG, Mensen/Cafeterien, Wohnmöglichkeiten und Beratungsangebote).

Die Untersuchungsergebnisse bieten eine aktuelle Bestandsaufnahme zu den sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen und Problemen des Studierens und ordnen diese in die längerfristige, durch eine Vielzahl von Zeitreihen dokumentierte Entwicklung studentischen Lebens in Deutschland ein. Da sich in der Entwicklung der sozialen und wirtschaftlichen Aspekte des Studiums immer auch der Wandel der gesellschaftlichen und familiären Lebensverhältnisse niederschlägt, ist die Sozialerhebung auch ein Spiegel der sozialgeschichtlichen Entwicklung in Deutschland – bezogen auf 30 % bis 40 % eines Altersjahrgangs, die ein Studium aufnehmen, und ihre Herkunftsfamilien.

Die Sozialerhebung ist ein zentraler Bestandteil eines arbeitsteilig organisierten, regelmäßigen Monitorings zur Situation der Studierenden in Deutschland, wobei ihr Schwerpunkt auf der sozialen und wirtschaftlichen Dimension liegt. Die Sozialerhebung steht damit an der Schnittstelle zwischen Sozial- und Bildungsberichterstattung. Diese Verknüpfung kommt zum Beispiel in der Frage zum Ausdruck, in welcher Weise ein erfolgreicher Studienverlauf durch die Studienfinanzierung mitbestimmt wird. Auch Informationen zum Thema Chancengerechtigkeit beim Hochschulzugang sind seit einigen Jahren verstärkt Gegenstand der Berichterstattung. Diese basieren vor allem auf den von HIS berechneten Quoten der Beteiligung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen an der Hochschulbildung.

Die im Sommersemester 2009 durchgeführte 19. Sozialerhebung beschreibt die Situation der Studierenden zu einem Zeitpunkt, in dem sich ein in der Geschichte der deutschen Hochschulen einzigartiger Umbruch weitgehend vollzogen hatte, der deutlich über alle früheren Hochschul- und Studienreformen hinausgeht. Dieser Umbruch bezieht nahezu alle Facetten und Bestandteile des Hochschulsystems ein – vom Zugang zum Studium und der Organisation des Studiums über das neue gestufte System akademischer Abschlüsse bis hin zur Organisation, Steuerung und Finanzierung der Hochschulen. Aus studentischer Perspektive sind es vor allem die mit dem Bologna-Prozess verbundenen Reformen des Studiums, die zu Veränderungen auch der wirtschaftlichen und sozialen Lage führen können. Darüber hinaus wurden im Zeitraum der 19. Sozialerhebung in sechs Ländern allgemeine Studiengebühren bzw. Studienbeiträge erhoben, was für etwa die Hälfte der Studierenden bzw. ihre Eltern eine nennenswerte finanzielle Mehrbelastung bedeutet. Im Rahmen der Sozialerhebung ist dies der erste Messzeitpunkt unter den Bedingungen von allgemeinen Studiengebühren/-beiträgen.

Die 19. Sozialerhebung beleuchtet einen Ausschnitt des oben genannten Reform- und Veränderungsprozesses im Hochschulsystem und kann erste Auswirkungen dieses Prozesses sichtbar machen. Die Ergebnisse der Sozialerhebung müssen als eine Zeitreihe gelesen werden, die den jeweils aktuellen Stand innerhalb eines fortlaufenden Wandlungsprozesses dokumentiert. Als eine Art Monitoringinstrument stellt die Sozialerhebung Informationen zur Verfügung, die dazu beitragen können, rechtzeitig Handlungsbedarfe zu erkennen und gegebenenfalls korrigierend in diesen Prozess einzugreifen.

---

[1] Die umfassende Ergebnisdarstellung findet sich in der ebenfalls vom BMBF herausgegebenen Publikation: Die wirtschaftliche und soziale Lage des Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2009.

[2] Deutsche und Bildungsinländer/innen, ausgenommen sind die Studierenden der Universitäten der Bundeswehr, der Verwaltungsfachhochschulen und der Hochschulen des Fernstudiums.

1. Studierende und Hochschulentwicklung

Die Entwicklung des Hochschulsystems ergibt sich aus dem Zusammenwirken von gesellschaftlichen Veränderungs- und politischen Willensbildungsprozessen. Mit der Sozialerhebung soll ein Beitrag geleistet werden, sich dadurch ergebende Veränderungen der Situation der Studierenden, vor allem ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage, aufzuzeigen.

Reformen in der Studienstruktur und der Studienorganisation sowie Änderungen in der Ausbildungsförderung sind Beispiele für politisch angestrebten und vollzogenen Wandel. Wie die aktuelle Debatte über die Folgen der Implementierung der neuen Studienstruktur zeigt, können solche Reformen aber auch zu unvorhergesehenen (Neben-)Folgen führen.

Als Beispiel für gesellschaftliche Veränderungsprozesse ist der demografische Wandel zu nennen, dessen Auswirkungen auf den Hochschulbesuch nicht unerheblich sind. Der demographische Wandel basiert u. a. auf verändertem Reproduktionsverhalten. Solche Veränderungen sind in der Regel die Folge langfristiger gesellschaftlicher Wandlungsprozesse z. B. in den Familienstrukturen oder in den gesellschaftlichen Wertorientierungen. Aber auch wirtschaftliche Entwicklungen beeinflussen die Studiennachfrage. So ist etwa die konjunkturbedingte Situation des Arbeitsmarkts ein Einflussfaktor bei Studienentscheidungen. Auch wenn solche Veränderungen ihre Ursachen unmittelbar gar nicht im Bildungssystem finden, gehen sie keineswegs an den Hochschulen vorüber. All diese Faktoren spielen auch in die Ergebnisse der Sozialerhebung hinein. Sie werden etwa in der Zusammensetzung der Studierenden nach Merkmalen wie Geschlecht oder Herkunft oder in den Auswirkungen gesellschaftlicher Individualisierungsprozesse greifbar.

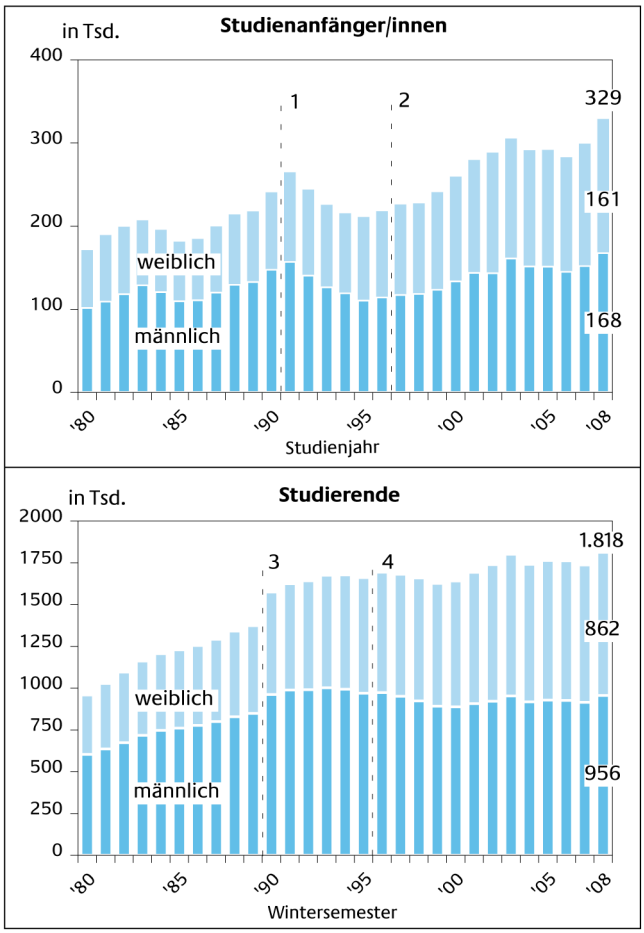
Im Einzelnen wird hier auf folgende wichtige Ergebnisse hingewiesen:

- Seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre ist die Zahl der jährlichen Studienanfänger um ca. ein Drittel angestiegen, von ca. 220.000 auf knapp. 330.000 in 2008 (Bild 1.1). Diese Entwicklung verlief kontinuierlich bis 2003. Danach gab es eine Rückwärtsbewegung; die Studienanfängerzahlen waren rückläufig bis zum Jahr 2006. Erst ab 2007 setzte sich der über einen längeren Zeitraum zu beobachtende Aufwärtstrend fort und erreichte 2009 seinen vorläufigen Höhepunkt.

Die demografische Entwicklung allein kann weder eine Erklärung für die enorme Zunahme der Studienanfängerzahlen bis 2003 noch für deren „Einbruch" Mitte der 2000er Jahre liefern. Dafür ist zu wesentlichen Teilen die kontinuierlich zunehmende Bildungsbeteiligung verantwortlich, die allerdings zwischen 2004 und 2006 einen „Dämpfer" erhalten hat. Der Anstieg in der Bildungsbeteiligung an Hochschulen nach 2006 ist umso bemerkenswerter und deutet auf einen gewissen Nachholeffekt hin (Bild 1.2).

Die Studienanfängerquote – hier der Anteil der Deutschen und Bildungsinländer/innen mit Studienaufnahme an der altersspezifischen Bevölkerung – hatte 2003 einen Wert von 33 % erreicht, um danach bis 2006 auf 30 % abzusinken und anschließend wieder zu steigen, auf einen vorläufigen Höchstwert von 34 % in 2008 (Bild 1.3). Diese Anfängerquote, die für 2009 eher noch etwas höher ausfallen dürfte, ist wesentlich als Resultat des deutschen Schulsystems anzusehen. Diese Quote erhöht sich um fünf bis sechs Prozentpunkte, wenn zugewanderte ausländische Studienanfänger mitgezählt werden. Unter Berücksichtigung der Zuwanderung ist damit die hochschulpolitisch gesetzte Zielmarke einer Anfängerquote von 40 % erreicht. Mit der tendenziellen Erhöhung der Studienanfängerquote soll mittel- bis langfristig der Anteil der Akademiker an

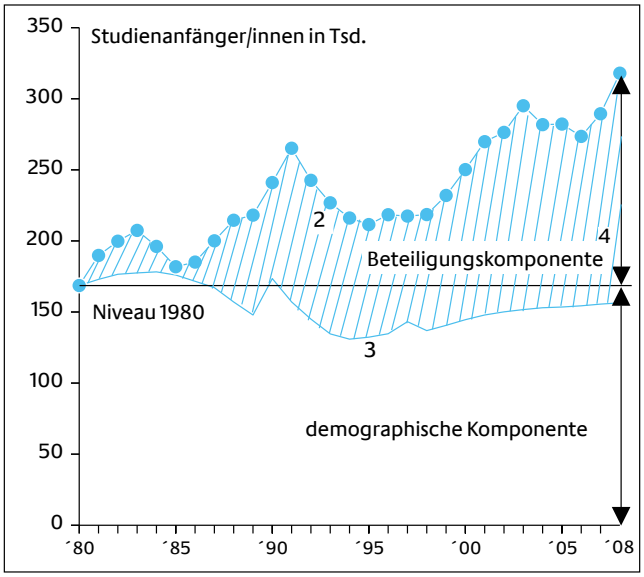
Bild 1.1 Studienanfänger/innen und Studierende nach Geschlecht 1980-2008
Deutsche und Bildungsinländer/innen, ohne Verwaltungsfachhochschulen, in Tausend



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

[1] ab 1991 einschließlich neue Länder
[2] ab 1997 einschließlich Bildungsinländer/innen
[3] ab 1990 einschließlich neue Länder
[4] ab 1996 einschließlich Bildungsinländer/innen
Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11 Reihe 4.1, HIS-ICE Datenbank

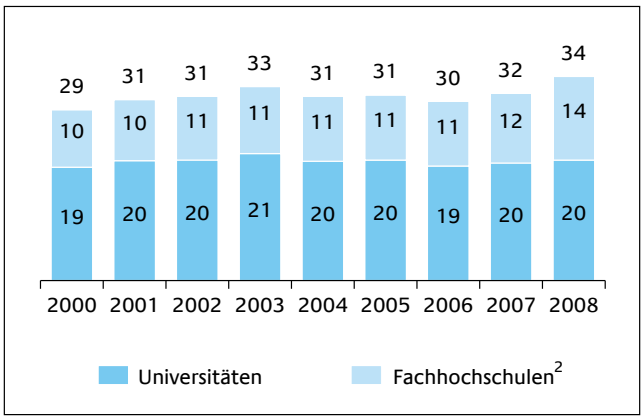
Bild 1.2 Auswirkung von Demographie und Bildungsbeteiligung auf die Studienanfängerzahlen 1980-2008[1]
deutsche Studierende, absolute Zahlen, in Tausend



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

[1] ab 1991 inkl. neue Länder
[2] tatsächliche Anzahl von Studienanfänger/innen 1980-2008
[3] Entwicklung hypothetischer Studienanfängerzahlen unter der Annahme einer konstanten Studienanfängerquote von 18% (1980)
[4] Differenz zwischen tatsächlichen und hypothetischen Studienanfängerzahlen aufgrund höherer Studienberechtigtenquoten und steigender Bildungsbeteiligung
Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11 Reihe 4.3, Genesis, HIS-ICE

Bild 1.3 Schwelle 4: Studienanfängerquoten 2000 - 2008 nach Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung[1] – Vergleich nach Hochschulart
in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

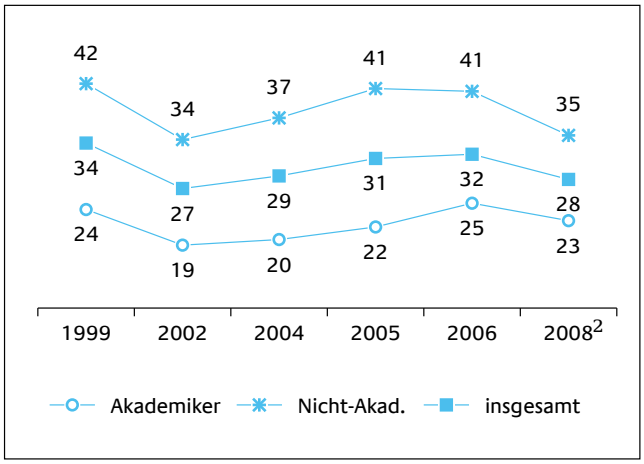
[1] Anteil der Studienanfänger/innen (Deutsche und Bildungsinländer/innen) an der altersspezifischen Bevölkerung am Land des Erwerbs der Hochschulreife. Es werden Quoten für einzelne Altersjahrgänge berechnet und anschließend aufsummiert (Quotensummenverfahren); Rundungsdifferenzen möglich
[2] einschließlich Verwaltungsfachhochschulen
Quelle: StBA-Sonderauswertungen für HIS

den Erwerbstätigen zunehmen, damit die wirtschaftliche und technologische Leistungsfähigkeit Deutschlands nicht durch Fachkräftemangel gefährdet wird.

- Die Zunahme der Studienanfängerzahlen ist im Wesentlichen der Zunahme der Zahl der Studienberechtigten zu verdanken und nicht so sehr Veränderungen in deren Studienentscheidung. Insofern werden die wichtigsten Weichenstellungen für die Beteiligung an höherer Bildung im Schulsystem vollzogen. Binnen eines Jahrzehnts hat sich der Anteil der Studienberechtigten an der altersgleichen Bevölkerung um neun Prozentpunkte auf 45 % erhöht. Stark zugenommen hat der Anteil mit Fachhochschulreife (fünf Prozentpunkte), die i. d. R. an beruflichen Schulen erworben wird. Von den Studienberechtigten 2008 haben 69 % ein Studium aufgenommen bzw. die feste Absicht, dies zu tun. Damit ist die sog. Brutto-Studierquote gegenüber dem Jahrgang 2006 geringfügig angestiegen. Werden die seit dem Frühjahr 2009 zum Hochschulbereich gehörenden Berufsakademien mitgezählt, wird sogar der relativ hohe Wert von 2002 (73 %) fast wieder erreicht.

Der Anteil derjenigen Personen, die auf ein Studium trotz grundsätzlicher Berechtigung verzichten, lag in den letzten 15 Jahren zwischen einem Viertel und einem Drittel aller Studienberechtigten (Bild 1.4). Studierbereitschaft und Übergangsquote sind offenkundig sehr sensible Größen, denen in Zukunft mit Blick auf den akademischen Nachwuchsbedarf gerade auch angesichts der sich gegenwärtig vollziehenden Veränderungen im Hochschulsystem besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muss. Die meisten Studienberechtigten entscheiden sich für ein Studium oder eine Berufsausbildung, eine Doppelqualifikation – Studium plus Berufsausbildung – wird tendenziell seltener angestrebt. Der Anteil der Studierenden, die

Bild 1.4 Schwelle 4: Studienverzicht nach akademischem Abschluss[1] im Elternhaus 1999 -2008
Studienberechtigte in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

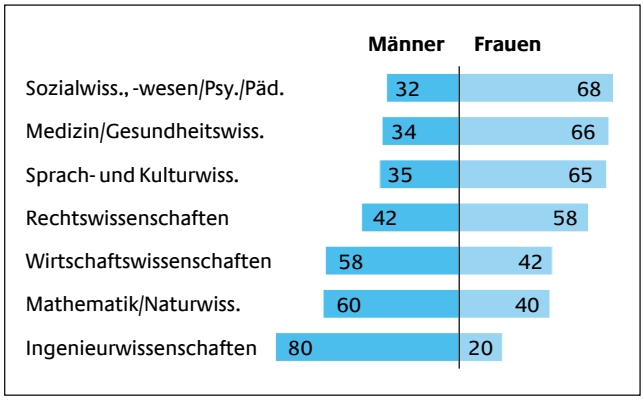
[1] mindestens ein Elternteil mit Hochschulabschluss
[2] inkl. der Studierenden der ehemaligen Berufsakademie BW, die 2009 zur Dualen Hochschule Baden-Württemberg umgewandelt wurde

Quellen: HIS Studienberechtigten-Befragungen 1999, 2002, 2004, 2005, 2006, 2008

vor ihrer Studienaufnahme eine Berufsausbildung absolviert haben, geht seit Mitte der 1990er Jahre zurück – dies gilt sowohl für Studierende an Universitäten als auch für die an Fachhochschulen.

- Seit 2002 ist die Zusammensetzung der Studierenden nach Geschlecht relativ stabil geblieben; der Frauenanteil liegt insgesamt bei ca. 48 %. Die diesbezüglichen Unterschiede zwischen den Fächern sind aber nach wie vor beträchtlich (Bild 1.5). Korrespondierend mit der Fächerstruktur liegt der Anteil der Frauen an den Universitäten mit 51 % weit höher als an den Fachhochschulen mit 38 %.
- Die Fächerstruktur der Studierenden weist keine wesentlichen Veränderungen, sondern überwiegend eine Fortsetzung jener Trends auf, die sich schon seit Anfang der 1990er Jahre zeigen. Der Anteil der Ingenieurwissenschaften stagniert seit Ende der 90er Jahre auf einem recht niedrigen Niveau; zwar gibt es hier seit 1997 wieder eine steigende Zahl an Studienanfängern, aber nur gerade in dem Umfang, wie die Anfängerzahlen generell angestiegen sind. Vom Rückgang der Ingenieurwissenschaften konnten anteilsmäßig vor allem die Fächergruppen Sprach- und Kulturwissenschaften und Sozialwissenschaften/Pädagogik/Psychologie profitieren. Vor allem für die Ingenieurwissenschaften könnte sich der anhaltend niedrige Frauenanteil als nachteilig für die weitere Entwicklung erweisen (Bild 1.6).
- Aufgrund des fortgeschrittenen Bologna-Prozesses hat sich der Anteil der Studierenden, die als Abschluss ihres Studiums einen Bachelor oder Master anstreben, gegenüber 2006 rasant erhöht (47 % vs. 13 %). Während an den Fachhochschulen mittlerweile gut zwei Drittel der Studierenden in einem Bachelorstudiengang eingeschrieben sind, liegt der entsprechende Anteil an den Universitäten bei knapp einem Drittel. Bei dem Anteil, der einen Masterstudiengang absolviert, ist der Unterschied zwischen den beiden Hochschularten hingegen nur geringfügig (Bild 1.7).

Bild 1.5 Studenten und Studentinnen je Fächergruppe
Studierende im Erststudium, in %

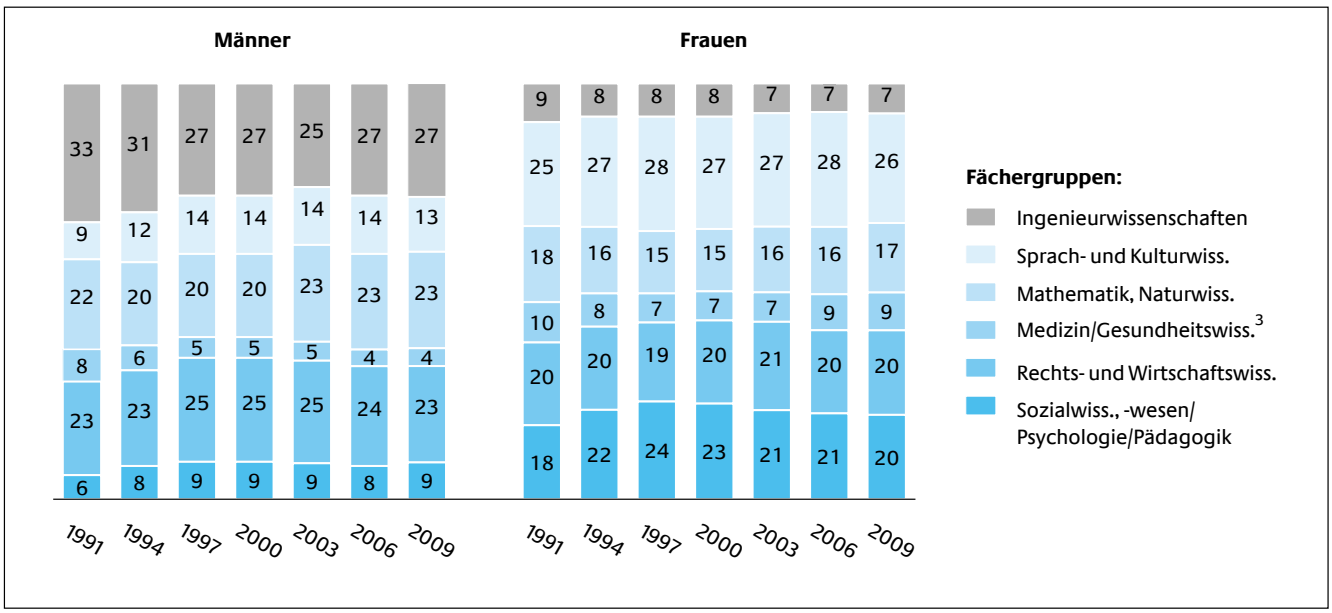


DSW/HIS 19. Sozialerhebung

Die 19. Sozialerhebung liefert erneut wesentliche Informationen zu Studienverläufen, insbesondere zu Mobilität und Fluktuation im Studium:

- Bis zum Befragungszeitpunkt haben 19 % der Studierenden im Erststudium ihr Fach bzw. die Art des angestrebten Abschlusses gewechselt, wobei diese Wechsel häufig fachaffin verlaufen, d. h. innerhalb der ursprünglich gewählten Fächergruppe. 11 % hatten ihr Studium unterbrochen. 14 % haben ei-

Bild 1.6 Entwicklung der Fächerstruktur 1991-2009 in Abhängigkeit vom Geschlecht der Studierenden[1]
Studierende im Erststudium, in %[2]



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

[1] bis 2003 nur Deutsche, ab 2006 inkl. Bildungsinländer/innen
[2] Rundungsdifferenzen möglich
[3] bis 2003 Human- und Veterinärmedizin, ab 2006 einschl. Gesundheitswissenschaften

Bild 1.7 Studierende nach dem angestrebten Abschluss
in %[1]

angestrebter Abschluss	insgesamt	davon Frauen	Hochschulart		Studienart	
			Universität	Fach-hochschule	Erst-studium	post-graduales Studium
Bachelor (ohne Lehramt)	39	44	27	67	42	5
Bachelor für ein Lehramt	3	64	4	1	3	1
Master (ohne Lehramt)[2]	4	46	3	5	2	22
Master für ein Lehramt[2]	1	69	1	< 1	< 1	2
Fachhochschul-Diplom	7	38	< 1	23	8	2
Universitäts-Diplom	18	40	25	3	19	7
Magister	5	61	7	-	5	2
Staatsexamen (ohne Lehramt)	10	64	14	-	10	4
Staatsexamen für ein Lehramt	9	65	13	-	10	5
kirchliche Prüfung	< 1	42	< 1	-	< 1	< 1
Promotion	3	39	5	-	-	47
anderer/kein Abschluss	< 1	62	< 1	< 1	< 1	3

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

[1] Rundungsdifferenzen möglich
[2] Konsekutive Master-Studiengänge zählen zum Erststudium

nen Hochschulwechsel vollzogen, oft in Verbindung mit einem Wechsel des Studiengangs (Bild 1.8). Es deutet sich an, dass die Entscheidungen zur Korrektur der Studienwahl durch die Einführung gestufter Studiengänge früher fallen. Während im Erststudium insgesamt 59 % der Studiengangwechsler diese Entscheidung im ersten Studienjahr getroffen haben, sind es unter den Bachelorstudierenden 76 %. Die studienbegleitenden Prüfungen zwingen offenbar früher eine Entscheidung herbei.

- Von den Studierenden, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in einem der Länder erworben haben, die 2009 allgemeine Studiengebühren erheben, absolvieren 86 % ihr Studium auch in einem dieser Länder. 11 % sind zum Studium in eines der alten Länder ohne Gebührenpflicht und 3 % in eines der neuen Länder gegangen. Allerdings ist anzumerken, dass bereits 2006, also vor Einführung der allgemeinen Studiengebühren, eine entsprechende Verteilung zu beobachten war (Bild 1.9). Es ist folglich festzustellen, dass diejenigen Studierenden, die in einem der gebührenpflichtigen Länder ihre Hochschulzugangsberechtigung erworben haben, genauso häufig zum Studium in einem dieser Länder verbleiben wie bereits vor Einführung der Studiengebühren/-beiträge. Die in den Diskussionen um die Einführung der Studiengebühren/-beiträge häufig geäußerte Erwartung einer „Gebührenflucht“, findet insofern keine Bestätigung.

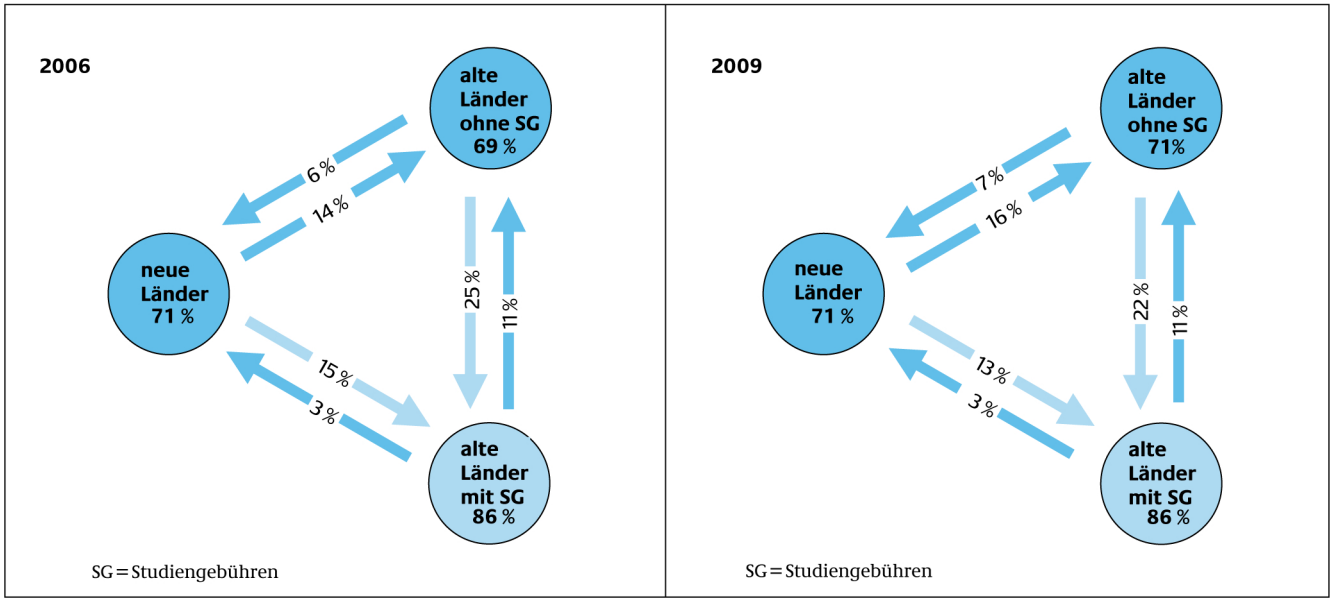
Bild 1.8 Gründe für einen Hochschulwechsel nach Geschlecht, Region und allgemeinen Studiengebühren
Hochschulwechsler/innen im Erststudium, Angaben auf einer Skala von 1 = „spielt überhaupt keine Rolle“ bis 5 = „spielt eine sehr große Rolle“, 4 + 5 in %

Hochschulwechselgründe	Insg.	Geschlecht		Region		Gebührenpflicht (nur alte Länder)	
		Männer	Frauen	alte Länder	neue Länder	ja	nein
persönliche Gründe	63	59	67	64	60	65	61
Wechsel des Studiengangs	63	63	62	62	66	63	61
Studienangebot entspricht eher meinen Erwartungen	60	60	60	60	61	61	57
bessere Studienbedingungen	39	40	39	39	43	41	34
attraktivere Stadt	33	31	35	33	31	33	35
Ruf der Hochschule	28	28	27	27	30	30	22
keine/geringere Studiengebühren/-beiträge	16	16	17	14	34	5	30
geringere Lebenshaltungskosten	16	16	15	14	30	12	16

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

Bild 1.9 Regionale Mobilität der Studierenden – Wanderung zwischen neuen Ländern sowie alten Ländern mit und ohne Studiengebühren

Studierende im Erststudium, in %[1]



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

[1] Die Prozentangabe in den Kreisen beschreibt den Anteil, der in dieser Region die Hochschulreife erworben hat und dort zum Studium verbleibt. Durch die Prozentangaben in den Pfeilen wird vermittelt, welcher Anteil zum Studium in eine andere Region wechselt.

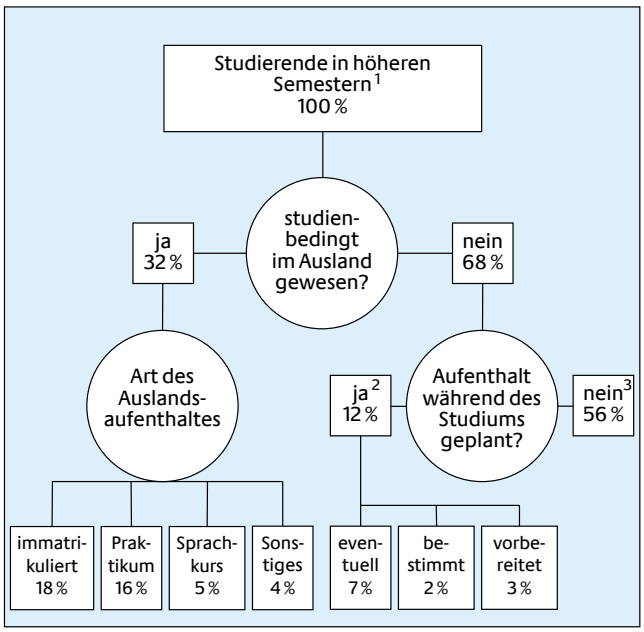
Die Studierenden hingegen, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in einem der alten Länder ohne Gebührenpflicht erworben haben, verbleiben etwas häufiger als 2006 auch zum Studium in diesen Ländern (71 % vs. 69 %). Der Anteil, der in ein Land mit Gebührenpflicht wechselt, hat sich gegenüber 2006 etwas verringert (von 25 % auf 22 %), während der Anteil, der zum Studium in eines der neuen Länder gegangen ist, sich leicht erhöht hat (von 6 % auf 7 %). Auch bei den Studierenden, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in einem der neuen Länder erworben haben, ist eine geringe Umorientierung zu beobachten. Der Anteil derjenigen, die in einem Land mit Gebührenpflicht studieren, ist gegenüber 2006 zurückgegangen (von 15 % auf 13 %), während der Anteil derer, die in einem der alten Länder ohne Gebührenpflicht studieren, sich entsprechend erhöht hat (von 14 % auf 16 %).

- Für die Studierenden in höheren Semestern ist berechnet worden, wie hoch der Anteil ist, der studienbedingt im Ausland war: Danach haben 32 % der Studierenden in den traditionellen Studiengängen (nur Erststudium) einen Auslandsaufenthalt absolviert (Bild 1.10). Über die Hälfte davon (18 %) hatte sich an einer ausländischen Hochschule immatrikuliert; die Übrigen absolvierten ihren Auslandsaufenthalt in anderen Formen. Weitere 12 % planen noch einen studienbezogenen Auslandsaufenthalt, 5 % haben bereits entsprechende Vorbereitungen getroffen.

Die Quote der Auslandsmobilen ist unter den Bachelorstudierenden in höheren Semestern mit 16 % deutlich geringer; 9 % waren an einer ausländischen Hochschule immatrikuliert. Allerdings ist der Anteil, der einen studienbedingten Auslandsaufenthalt noch für die Zukunft plant, sehr viel höher; er be-

Bild 1.10 Studienbezogene Auslandsaufenthalte und Auslandspläne der Studierenden in traditionellen Studiengängen

Studierende im Erststudium in höheren Semestern, in %, Mehrfachnennungen der Art des Aufenthalts möglich



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

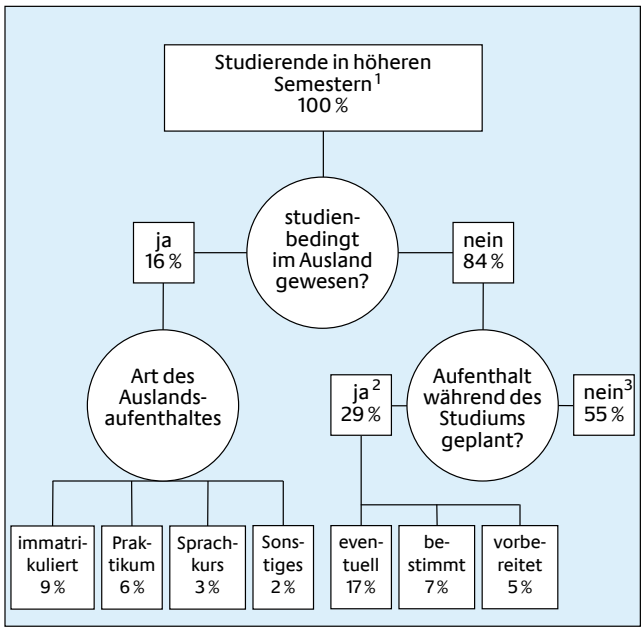
[1] Universitäten o. ä.: 9. bis 14. Semester, FH: 7. bis 11. Semester

[2] Summe der Antwortkategorien: „eventuell", „ganz bestimmt" und „vorbereitet"

[3] Summe der Antwortkategorien: „kein Interesse", „keine Chance" und „weiß nicht"

Bild 1.11 Studienbezogene Auslandsaufenthalte und Auslandspläne der Studierenden in Bachelor-Studiengängen

Studierende im Erststudium in höheren Semestern, in %, Mehrfachnennungen der Art des Aufenthalts möglich



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

[1] Bachelor-Studierende im 5. - 10. Semester
[2] Summe der positiven Antwortkategorien „eventuell", „ganz bestimmt" und „vorbereitet"
[3] Summe der Antwortkategorien „kein Interesse", „keine Chance" und „weiß nicht"

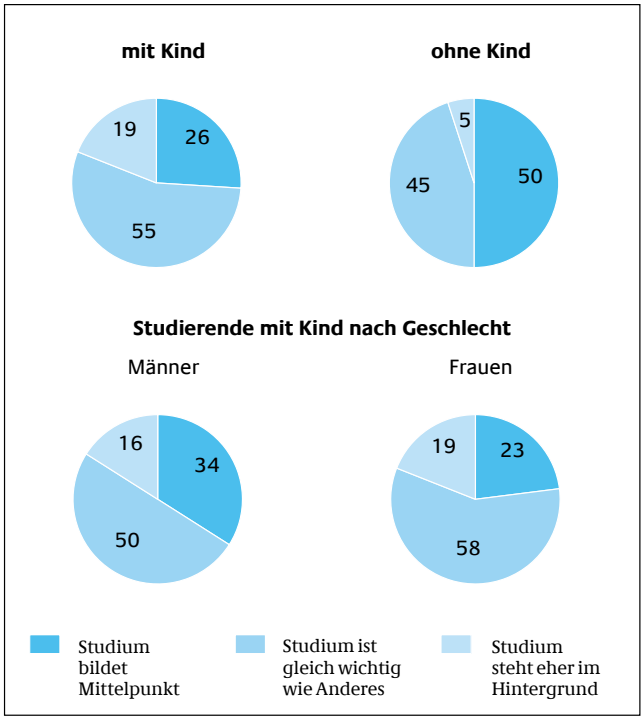
trägt 29 % (Bild 1.11). Dieses Ergebnis deutet darauf hin, dass in der gestuften Studienstruktur ein studienbedingter Auslandsaufenthalt häufig erst in der Masterphase vorgesehen ist bzw. in Erwägung gezogen wird. Allerdings ist zu beachten, dass lediglich 12 % die Realisierung des geplanten Auslandsaufenthalts als sicher einstufen, während 17 % dies „eventuell" vorhaben. Die Anteile der realisierten und noch geplanten Auslandsaufenthalte stellen zusammen den Maximalwert für den zu prognostizierenden Anteil auslandsmobiler Studierender dar. Interessant ist, dass sich dieser bei Bachelorstudierenden und Studierenden der traditionellen Studiengänge kaum unterscheidet (45 % vs. 44 %).

Darüber hinaus ist festzustellen:

- Gut die Hälfte der Studenten und beinahe zwei Drittel der Studentinnen (62 %) leben in einer festen Partnerschaft; 4 % der Studenten und 5 % der Studentinnen sind verheiratet.
- Von den Studierenden im Erststudium haben 5 % mindestens ein Kind, 6 % der Frauen sowie 4 % der Männer. Vor dem Hintergrund einer anderen Studien- und Alltagsrealität der studierenden Mütter und Väter ist es nachvollziehbar, dass das Studium weniger häufig im Mittelpunkt der Interessen und Aktivitäten steht als dies bei Studierenden ohne Kind der Fall ist (Bild 1.12).
- Dadurch, dass gegenüber 2006 die Fragestellung erweitert wurde, konnte 2009 unter den Studierenden (Deutsche und

Bild 1.12 Zentralität des Studiums – Vergleich Studierender mit und ohne Kind

Studierende im Erststudium, in %

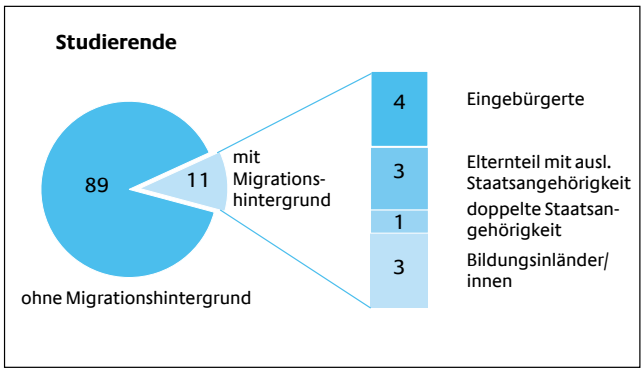


DSW/HIS 19. Sozialerhebung

Bildungsinländer/innen) ein höherer Anteil an solchen mit Migrationshintergrund identifiziert werden. Der nunmehr festgestellte Anteil liegt bei 11 %. Dazu zählen vor allem Studierende, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und deren Migrationshintergrund dadurch bestimmt ist, dass sie eingebürgert wurden, mindestens ein Elternteil ausländischer Staatsangehöriger ist oder der Studierende selbst neben der deutschen noch eine weitere Staatsangehörigkeit besitzt. Außerdem gehören die so genannten Bildungsinländer/innen, also die Studierenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die in Deutschland die Schule besucht und hier ihre Hochschulzugangsberechtigung erworben haben, zu denen mit Migrationshintergrund (Bild 1.13).

Bild 1.13 Studierende nach Migrationsstatus

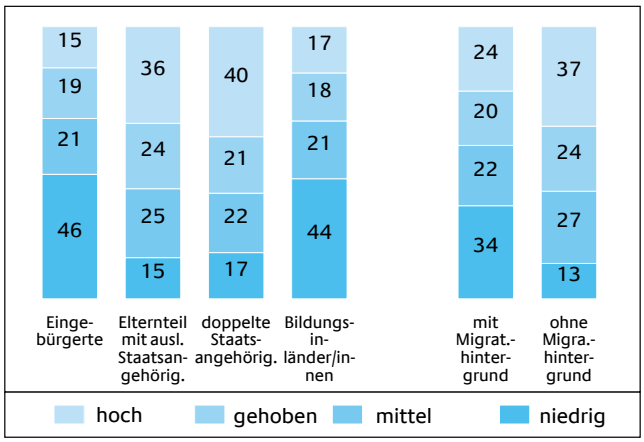
Studierende im Erststudium, in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

- In einer ganzen Reihe von Merkmalen unterscheiden sich Studierende mit Migrationshintergrund von den anderen Studierenden. Sie kommen zum Beispiel deutlich häufiger aus eher niedrigen sozialen Herkunftsfamilien, was allerdings nur für die Gruppen der Eingebürgerten und der Bildungsinländer/innen gilt (Bild 1.14). Sie studieren ganz überwiegend an Hochschulen in den alten Ländern, häufiger in Fächern aus dem Bereich der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften. Auch ihre finanzielle Lage unterschiedet sich vom Durchschnitt der Studierenden beträchtlich: Der Elternanteil an den monatlichen Einnahmen fällt deutlich niedriger, der BAföG-Anteil und der Anteil des eigenen Verdienstes dagegen höher aus. Insgesamt verfügen Studierende mit Migrationshintergrund über durchschnittlich höhere Einnahmen als solche ohne Migrationshintergrund (832 € vs. 810 €). Dies gilt für alle Migrantengruppen, wobei die mit doppelter Staatsbürgerschaft finanziell am besten ausgestattet sind (862 €).

Bild 1.14 Studierende nach sozialer Herkunft in Abhängigkeit vom Migrationsstatus
Studierende im Erststudium, in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

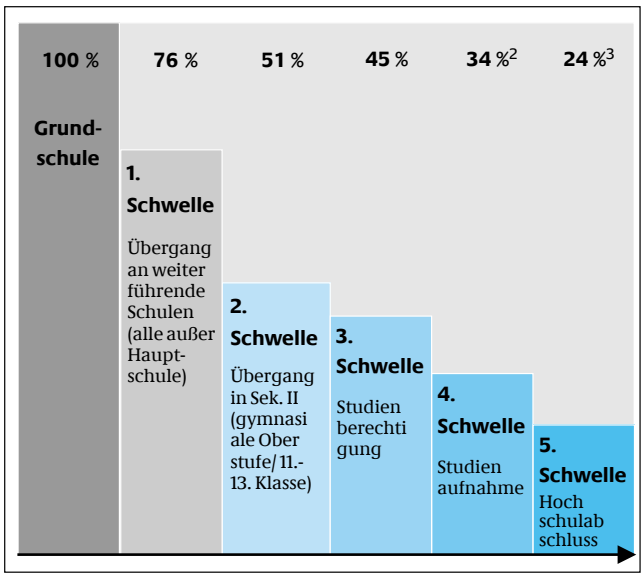
2. Chancenstrukturen und Beteiligung an Hochschulbildung

In welchem Maße führen Studienreformen und zunehmende Beteiligung an Hochschulbildung auch zu einer sozialen Öffnung der Hochschulen gegenüber denjenigen Gruppen, die bislang weniger an Hochschulbildung partizipiert haben? Um diese Frage zu beantworten, werden von HIS parallel zur Sozialerhebung Quoten für die sozialgruppenspezifische Beteiligung an Hochschulbildung ermittelt.

Im Unterschied zu denjenigen Teilen des Berichts, die auf der im Rahmen der Sozialerhebung durchgeführten Studierendenbefragung aufbauen, basiert diese Analyse primär auf Daten der amtlichen Statistik (z. B. des Mikrozensus) und anderen Untersuchungsreihen (z. B. den HIS-Studienanfängerbefragungen). Soziale Beteiligungsquoten, wie sie in der Sozialerhebung präsentiert werden, sagen etwas über die Zusammenhänge zwischen Bildungsbeteiligung und sozialer Zugehörigkeit und über die Verteilung der Studierchancen zwischen den sozialen Gruppen aus. Hiervon sind Daten zur sozialen Herkunft bzw. zur sozialen Zusammensetzung der Studienanfänger/innen und Studierenden strikt zu unterscheiden.

In den ermittelten Beteiligungsquoten schlägt sich die mehrfache Selektivität auf dem Wege zu einem Hochschulstudium nieder, wie sie im Konzept der Bildungsschwellen zum Ausdruck kommt (Bild 2.1): Zum einen findet Selektivität in einem ganz entscheidenden Umfang bereits innerhalb des Schulsystems statt, insbesondere beim Übergang von der Grundschule zur Sekundarstufe I, aber auch an der Schwelle zwischen den Sekundarstufen I und II und beim Erwerb einer Studienberechtigung. Zum anderen manifestiert sich die Selektivität innerhalb dieses bereits stark vorgefilterten Potentials dann noch einmal an der Schwelle des Hochschulzugangs, wenn die Entscheidung über die Aufnahme eines Studiums selbst bei gleicher Schulleistung mit der sozialen Herkunft variiert.

Bild 2.1 Bildungsbarrieren: Fünf Schwellen der Bildungsbeteiligung 2008[1]
in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

[1] Anteil der Deutschen und Bildungsinländer/innen an der altersspezifischen Bevölkerung
[2] Studienanfängerquote nach Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung
[3] Erstabsolventenquote 2007

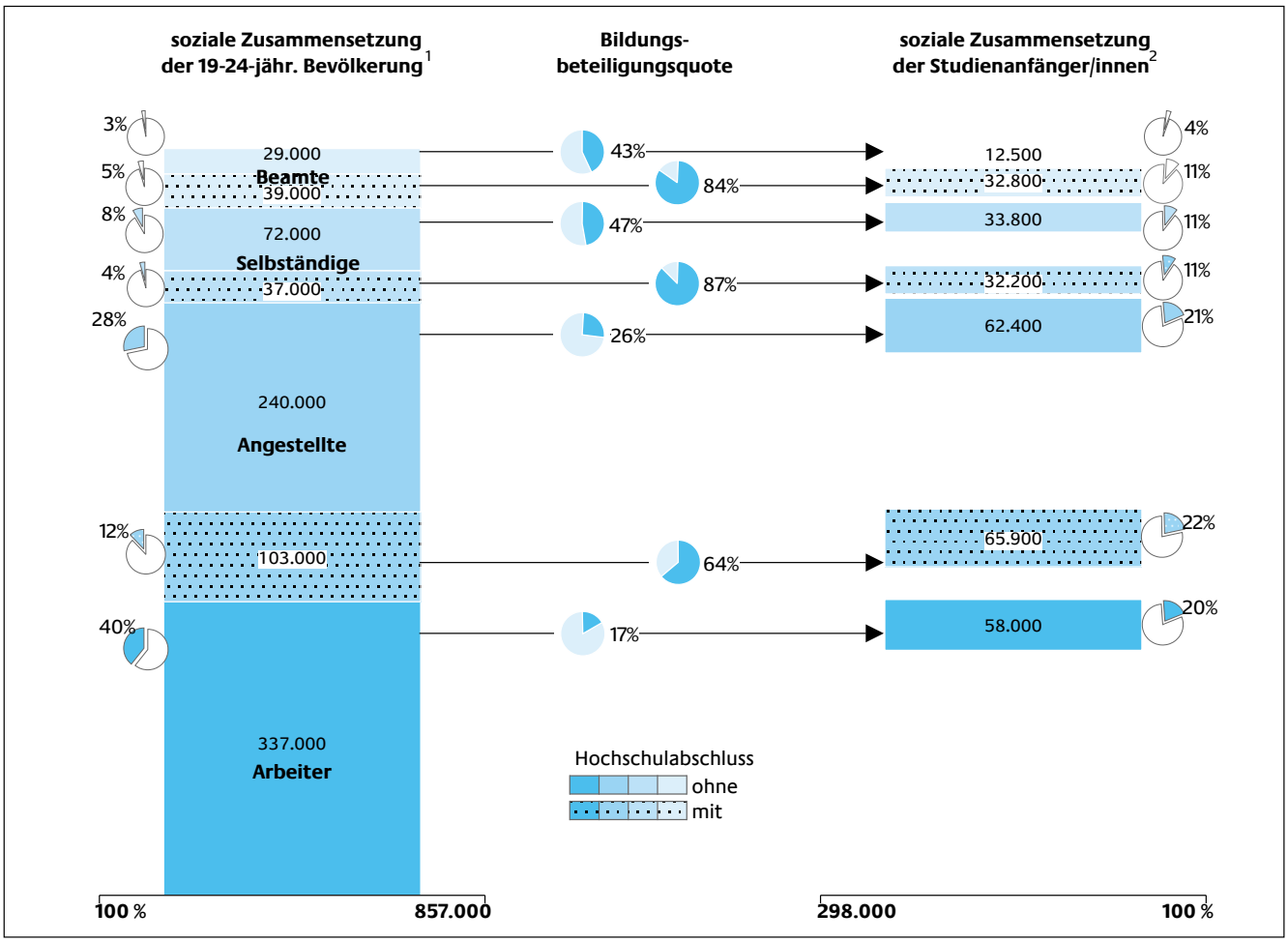
Quellen: StBA, Fachserie A Bevölkerung und Kultur, Reihe 10, Bildungswesen, I. Allgemeinbildende Schulen. verschiedene Jahrgänge; StBA: Hochschulstatistische Kennzahlen, Fachserie 11; StBA: Hochschulen auf einen Blick, Ausgabe 2009, S. 15; eigene Berechnungen

Für diesen Bericht ist die sozialgruppenspezifische Bildungsbeteiligung an der zweiten und vierten Schwelle – dem

Übergang in die Sekundarstufe II und dem Hochschulzugang – analysiert worden. Dabei ergibt die Differenzierung der traditionell für die Messung des sozio-ökonomischen Hintergrunds der Bildungsbeteiligung herangezogenen vier sozialversicherungsrechtlichen Kategorien nach solchen Elternhäusern, in denen mindestens ein Elternteil bereits über einen Hochschulabschluss verfügt, und solchen, für die das nicht gilt, interessante Befunde. Im Ergebnis zeigt sich, dass die enorme Spannweite in der Bildungsbeteiligung zwischen den betrachteten Teilgruppen noch weit größer ausfällt, als dies schon bei den vier sozialversicherungsrechtlichen Gruppen der Fall ist. Die eigentliche soziale Differenzierung der Studierchancen verläuft dabei nicht nur entlang dieser Gruppen, sondern vor allem auch in Abhängigkeit von einem Hochschulabschluss der Eltern (Bild 2.2). Insofern wird bestätigt, wie wichtig die Berücksichtigung der unterschiedlichen, quer zu den sozialen Gruppen verlaufenden Bildungsmilieus ist, die immer wieder, aber keineswegs befriedigend, als „hochschulnah" und „hochschulfern" bezeichnet werden.

Zwar gibt es Hinweise auf eine leichte Annäherung in den Studierchancen zwischen den sozialen Gruppen (vgl. 18. Sozialerhebung, Bild 3.26). Die Bildungsbeteiligung von Kindern aus unterschiedlichen Herkunftsmilieus scheint sich über einen langen Zeitraum gesehen tendenziell, aber keineswegs kontinuierlich einander anzunähern, jedoch ohne sich anzugleichen. Die grundlegenden sozialen Disparitäten erweisen sich als relativ stabil. Die Gruppen mit der höchsten Beteiligungsquote beim Hochschulzugang – Kinder aus Selbständigen- und Beamtenfamilien, in denen mindestens ein Elternteil ein Studium absolviert hat – weist auch 2007 noch eine etwa fünf Mal so hohe Studierchance auf wie die Gruppe mit der niedrigsten Beteilungsquote, den Kindern aus Arbeiterfamilien (Bild 2.2).

Bild 2.2 Bildungsbeteiligung und soziale Zusammensetzung 2007 nach akademischem Abschluss des Vaters
nur Deutsche, absolut und in % (gerundet)



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

[1] Synthetischer Bezugsjahrgang (durchschnittliche Jahrgangsstärke der 19-24-jährigen deutschen Bevölkerung in Deutschland), (Werte gerundet)

[2] Deutsche Studienanfänger/innen im Studienjahr 2007/08 an Universitäten, Fachhochschulen und Verwaltungsfachhochschulen (Werte gerundet)

(Abweichungen von Werten im Vergleich zu Bild 2.4 sind rundungsbedingt)

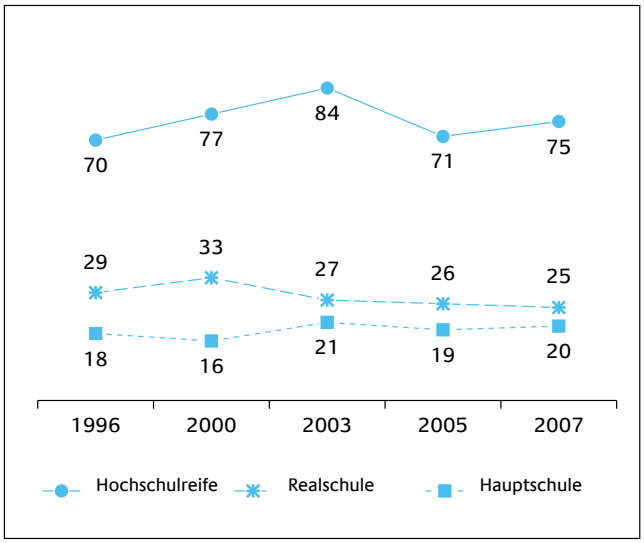
Die Rekrutierungspotentiale aus den hochschulnahen Bildungsmilieus sind mit einer Beteiligungsquote von 71 % (Bild 2.5) schon recht gut ausgeschöpft; eine arbeitsmarktpolitisch erwünschte Erschließung neuer Nachfragepotentiale für ein Hochschulstudium kann nur über eine stärkere soziale Öffnung der Hochschulen erfolgen. Dies gelingt bisher nur zum Teil. Nach den Ergebnissen der 19. Sozialerhebung kommen die Studierenden in etwa zu gleichen Teilen aus hochschulnahen und hochschulfernen Schichten. In der altersgleichen Bevölkerung fällt der Anteil, der aus einem hochschulnahen Elternhaus stammt, mit gut einem Fünftel allerdings wesentlich geringer aus. Insofern ist die Hochschule derzeit eine Institution, die vielen den Bildungsaufstieg ermöglicht, aber stärker noch den Erhalt eines bereits erreichten akademischen Status in der jeweils nachfolgenden Generation sichert.

Im Einzelnen werden folgende Ergebnisse hervorgehoben:

- Obgleich bislang immer noch von allen Studienberechtigten weniger Frauen als Männer ein Studium aufnehmen, haben sich die geschlechtsspezifischen Beteiligungsquoten an Hochschulen im letzten Jahrzehnt weitgehend angeglichen, weil in den meisten Ländern der Bundesrepublik Deutschland inzwischen erheblich mehr Frauen als Männer eine Studienberechtigung erwerben. Die immer wieder beobachtbaren Unterschiede zwischen Universitäten und Fachhochschulen in der geschlechtsspezifischen Anfängerquote bestehen fort; im Universitätsbereich stellen die Frauen aber seit einigen Jahren kontinuierlich mehr als die Hälfte aller Studienanfänger. In den neuen Ländern (einschl. Berlin) beteiligen sich Frauen stärker an Hochschulbildung als Männer. Die geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Beteiligung an universitären Studiengängen sind noch etwas stärker ausgeprägt als in den alten Ländern, während die für die alten Länder geschlechtstypischen Unterschiede in der Beteiligung an Fachhochschulen in den neuen Ländern so gut wie nicht vorhanden sind.
- Wie stabil soziale Strukturen der „Vererbung" kulturellen Kapitals sind, wird bei allen Indikatoren des Bildungs- und Berufsstatus der Eltern deutlich. Diese hohe Konstanz ist der wichtigste Grund dafür, dass sich die Ergebnisse der letzten Sozialerhebungen in diesem Punkt kaum unterscheiden. So zeigt sich auch in der 19. Sozialerhebung wieder der enge Zusammenhang zwischen dem Bildungsstatus (Schulabschluss) der Eltern und der Studienaufnahme der Kinder (Bild 2.3). Dieser setzt sich beim Ausbildungsabschluss und bei der beruflichen Stellung der Eltern fort.
- Zwischen 2005 und 2007 ist die Bildungsbeteiligung an Hochschulen insgesamt um 0,6 %-Punkte auf 34,7 % angestiegen. In diesem Zeitraum ist die Bildungsbeteiligung von Selb-

Bild 2.3 Schwelle 4: Beteiligung an Hochschulen nach Schulbildung des Vaters 1996 - 2007 (Studienanfängerquote)[1]

in %



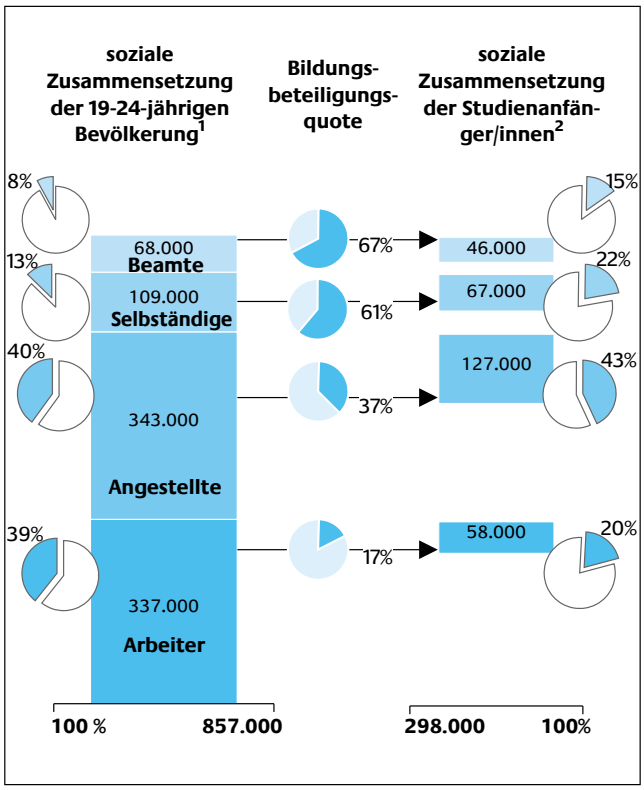
DSW/HIS 19. Sozialerhebung

[1] nur deutsche Studienanfänger/innen, einschließlich Verwaltungsfachhochschulen

Quellen: StBA: Bevölkerungsstatistik, Hochschulstatistik, Sonderauswertungen des Mikrozensus (verschiedene Jahrgänge); HIS: Studienanfängerbefragungen (verschiedene Jahrgänge); eigene Berechnungen

Bild 2.4 Bildungsbeteiligung und soziale Zusammensetzung 2007

nur Deutsche, absolut und in % (gerundet)



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

[1] Synthetischer Bezugsjahrgang (durchschnittliche Jahrgangsstärke der 19-24-jährigen deutschen Bevölkerung in Deutschland), (Werte gerundet)

[2] Deutsche Studienanfänger/innen im Studienjahr 2007/08 an Universitäten, Fachhochschulen und Verwaltungsfachhochschulen (Werte gerundet)

Quellen: StBA: Bevölkerungszahlen; StBA: Hochschulstatistik; StBA: Sonderauswertung des Mikrozensus 2002; HIS: Studienanfängerbefragung WS 2007/08

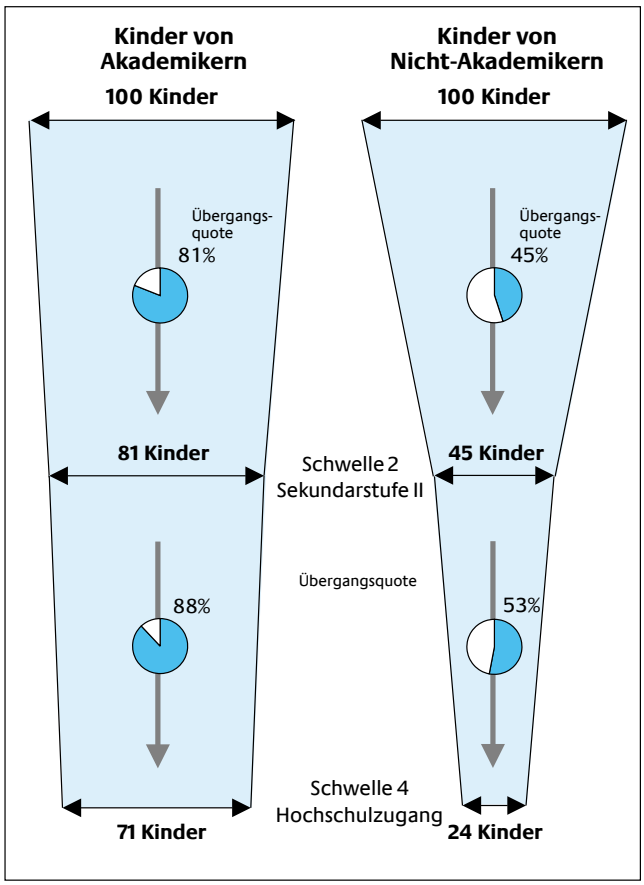
ständigenkindern stark (von 52 % auf 61 %) und von Beamtenkindern etwas angestiegen (von 65 % auf 67 %). Bei Arbeiterkindern ist die Bildungsbeteiligung dagegen konstant bei 17 % geblieben und bei Angestelltenkindern sogar leicht gesunken (von 40 % auf 37 %; vgl. Bild 3.32, 18. Sozialerhebung und Bild 2.4).

Interessanterweise hat die Bildungsbeteiligung an Hochschulen bei Akademikerkindern nachgelassen, allerdings auf sehr hohem Niveau (von 83 % auf 71 % innerhalb von nur zwei Jahren). Im Gegensatz dazu ist die Beteiligung an Hochschulbildung bei Nichtakademikerkindern weitgehend stabil (von 23 % auf 24 %). Einem Absinken der Bildungsbeteiligung an Hochschulen ist im Wesentlichen dadurch entgegengewirkt worden, dass der Akademikeranteil unter den Eltern von Kindern im studierfähigen Alter zugenommen hat (von 18 % auf 22 %). Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die Bildungsbeteiligungsquoten Ergebnisse eines komplexen Schätzverfahrens sind, für das mehrere externe Datenquellen verwendet werden (vgl. Methodische Anmerkungen im Anhang des Hauptberichts) und die Quoten selbst seit Beginn ihrer Schätzung 1985 zum Teil extreme Schwankungen im Zeitverlauf aufweisen (vgl. Bild 3.26 der 18. Sozialerhebung), müssen diese jüngsten Veränderungen der Befunde jedoch vorsichtig interpretiert werden.

Bei Selbständigen- und Beamtenkindern ist eine zunehmende Bildungsbeteiligung bei jenen zu erkennen, deren Eltern keinen Hochschulabschluss haben. Bei Akademikerkindern aus diesen sozialen Gruppen war die Studienbeteiligung dagegen rückläufig, vor allem die der entsprechenden Beamtenkinder (von 95 % auf 84 %).

- Der Bildungstrichter, eine seit der 15. Sozialerhebung verwendete Darstellung, die seit der 18. Sozialerhebung in einer neu berechneten Form vorgelegt wird, zeigt trotz der schwachen Nivellierungstendenzen erneut die ausgeprägten Disparitäten in der Bildungsbeteiligung, insbesondere an der Schwelle zur Studienaufnahme. Während von 100 Akademikerkindern 71 den Hochschulzugang schaffen, sind es nur 24 Kinder aus Familien ohne akademische Tradition (Bild 2.5). Das Verhältnis der Beteiligungsquoten von Akademiker- und Nichtakademikerkindern betrug damit 2007 3:1; vier Jahre zu-

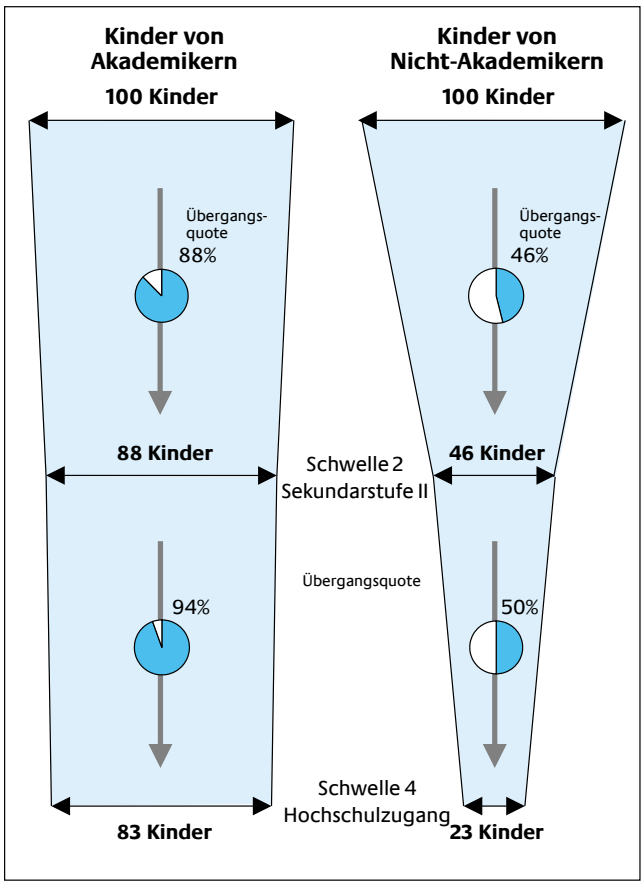
Bild 2.5 Bildungstrichter 2007: Schematische Darstellung sozialer Selektion – Bildungsbeteiligung von Kindern nach Hochschulabschluss des Vaters
in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

Quellen: StBA, Sonderauswertungen Mikrozensus 2003 und 2007; HIS-Studienanfängerbefragung 2007/2008, eigene Berechnungen

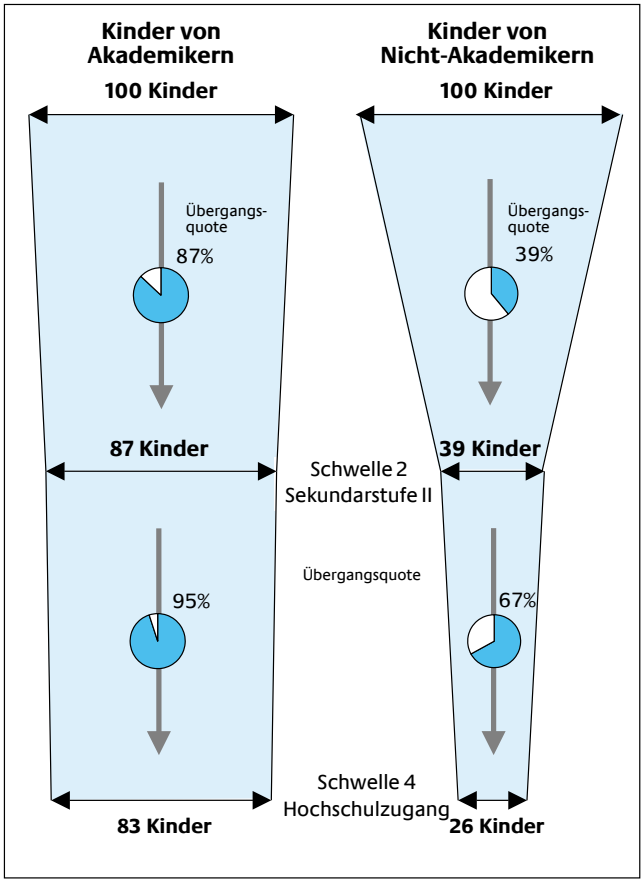
Bild 2.6 Bildungstrichter 2005: Schematische Darstellung sozialer Selektion – Bildungsbeteiligung von Kindern nach Hochschulabschluss des Vaters
in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

Quellen: StBA, Sonderauswertungen Mikrozensus 2001 und 2005; HIS-Studienanfängerbefragung 2005, eigene Berechnungen

Bild 2.7 Bildungstrichter 2003: Schematische Darstellung sozialer Selektion – Bildungsbeteiligung von Kindern nach Hochschulabschluss des Vaters
in %



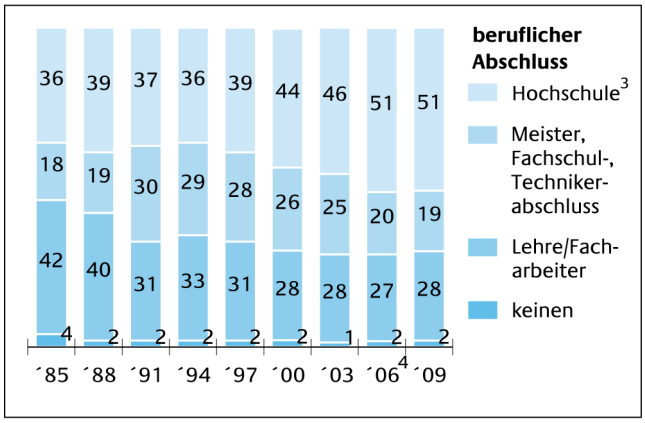
DSW/HIS 19. Sozialerhebung

Quellen: StBA, Sonderauswertungen Mikrozensus 1998 und 2003; HIS-Studienanfängerbefragung 2003, eigene Berechnungen

vor – in 2003 – war noch ein Verhältnis von 3,2:1 festgestellt worden (Bild 2.7), zwei Jahre zuvor – in 2005 – sogar eines von 3,6:1 (Bild 2.6).

- Während Beteiligungsquoten Informationen über die Entwicklung der Bildungs- bzw. der Studierchancen liefern, sagen Daten zur Bildungsherkunft der Studierenden primär etwas über das Ergebnis der spezifischen Selektions- und Sozialisationsprozesse im Vorfeld des Hochschulzugangs aus, insbesondere im Schulsystem. Außerdem charakterisieren sie das soziokulturelle Milieu an der Hochschule (abgesehen davon, dass die Bildungsherkunft – neben der sozialen Herkunft - eine zentrale differenzierende Variable für die Ergebnisse der Sozialerhebung ist). Danach zeichnet sich das Herkunftsmilieu der Studierenden über die letzten 15 bis 25 Jahre durch einen kontinuierlich ansteigenden Bildungs- und Ausbildungsstatus der Eltern aus. In beinahe 60 % der Herkunftsfamilien verfügt mindestens ein Elternteil über das (Fach-)Abitur, in 51 % auch bereits über einen Hochschulabschluss. Folgerichtig hat der Anteil der niedrigeren Abschlüsse über den ganzen Zeitraum ebenso kontinuierlich abgenommen. In dieser Umschichtung

Bild 2.8 Höchster beruflicher Abschluss der Eltern von Studierenden 1985 -2009[1]
in %[2]



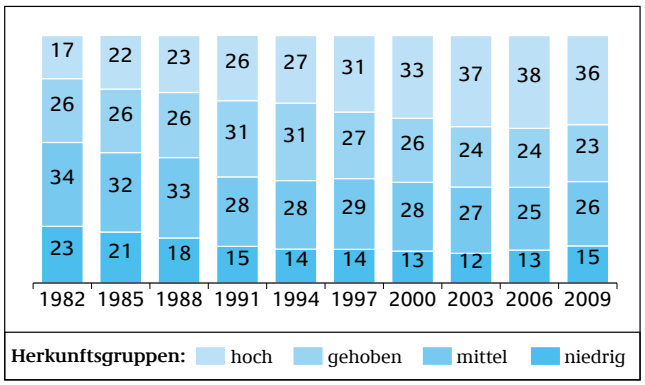
DSW/HIS 19. Sozialerhebung

[1] ab 1991 einschließlich neue Länder
[2] Rundungsdifferenzen möglich
[3] 1985 und 1988 einschließlich Ingenieurschule und Handelsakademie (Vorläufer der Fachhochschulen)
[4] ab 2006 einschließlich studierende Bildungsinländer/innen

schlagen sich die Auswirkungen früherer Wellen der Bildungsexpansion nieder, die zu einer Höherqualifizierung zwischen den verschiedenen Altersgruppen geführt haben. Allerdings hat sich der Trend eines ständig zunehmenden Akademikeranteils unter den Eltern der Studierenden zwischen 2006 und 2009 nicht fortgesetzt (Bild 2.8).

- Ein ähnlicher Prozess sozialer Reproduktion lässt sich anhand der sozialen Herkunft der Studierenden beobachten. Auf der Grundlage der im Rahmen der Sozialerhebung entwickelten Klassifikation von vier sozialen Herkunftsgruppen (vgl. Methodische Anmerkungen im Anhang des Hauptberichts) hat sich der Anteil der Herkunftsgruppe „hoch“ seit 1982 bis 2006 zunächst auf 38 % mehr als verdoppelt, während die Anteile der beiden Herkunftsgruppen „mittel“ und „niedrig“ (hier von 34 %

Bild 2.9 Entwicklung der sozialen Zusammensetzung der Studierenden nach Herkunftsgruppen 1982 - 2009[1]
in %[2]

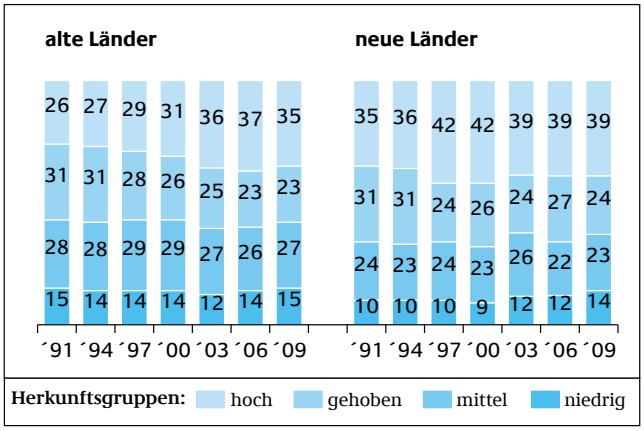


DSW/HIS 19. Sozialerhebung

[1] ab 1991 einschließlich neue Länder
[2] Rundungsdifferenzen möglich
[3] ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

bzw. 23 % im Jahr 1982 auf 25 % bzw. 13 % im Jahr 2006) immer weiter gesunken sind. Dieser langfristige Trend ist 2009 erstmals durchbrochen worden. Die Anteile der beiden höheren sozialen Herkunftsgruppen haben sich erstmalig wieder verringert, und zwar um insgesamt 3 %-Punkte. Im selben Ausmaß haben sich die Anteile der beiden niedrigeren sozialen Herkunftsgruppen erhöht (Bilder 2.9). Diese jüngste Entwicklung ist sowohl für die alten als auch für die neuen Länder festzustellen (Bild 2.10). Für die einzelnen Hochschularten sind die gesamten Veränderungen zwischen 2006 und 2009 nur sehr schwach (Bild 2.11). An Fachhochschulen sinkt der Anteil der Studierenden der Herkunftsgruppe „gehoben" um einen Prozentpunkt, während der der Herkunftsgruppe „niedrig" um einen Prozentpunkt ansteigt. An den Universitäten ist die Entwicklung ähnlich, mit dem Unterschied, dass der Anteil der Studierenden der Herkunftsgruppe „hoch" um einen Prozentpunkt sinkt. Die bei den Studierenden insgesamt auffälligeren Verschiebungen in der sozialen Herkunft sind damit zu erklären, dass der Anteil der Studierenden, die an Fachhochschulen immatrikuliert sind zwischen 2006 und 2009 zugenommen hat.

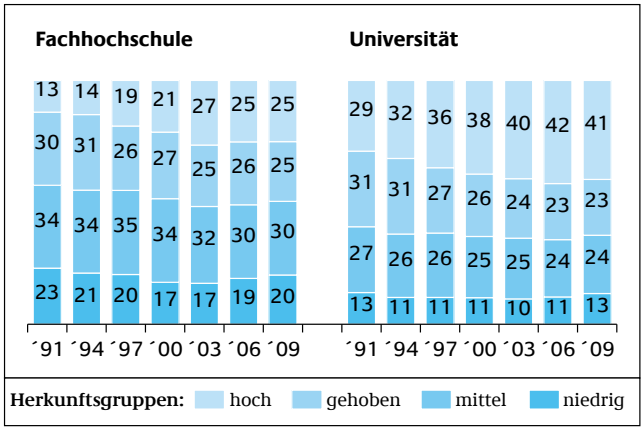
Bild 2.10 Studierende in den alten und neuen Ländern jeweils nach sozialer Herkunft 1991 - 2009[1]
in %[2]



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

[1] ab 2000 wird Berlin als Ganzes zu den alten Ländern gerechnet; Daten bis 2003 nur für deutsche Studierende, ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen
[2] Rundungsdifferenzen möglich

Bild 2.11 Studierende je Hochschulart nach sozialer Herkunft 1991 - 2009[1]
in %[2]



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

[1] ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen
[2] Rundungsdifferenzen möglich

3. Studienfinanzierung und wirtschaftliche Situation der Studierenden

Die finanzielle Situation der Studierenden ist eines der Schwerpunktthemen der Berichterstattung zur Sozialerhebung. In Zeiten, in denen die Auswirkungen der Studienstrukturreform und der Einführung von allgemeinen Studiengebühren/-beiträgen heftig und kontrovers diskutiert werden, ist es selbstverständlich, dass auch bei der Berichterstattung der Sozialerhebung über die finanzielle Situation der Studierenden diese beiden Sachverhalte mit in den Fokus der Betrachtung rücken.

Die Auswirkungen von Studiengebühren/-beiträgen auf die wirtschaftliche Lage der Studierenden lassen sich im Rahmen der 19. Sozialerhebung erstmalig untersuchen. Im Sommersemester 2006, dem Zeitpunkt der vorangegangenen Sozialerhebung, wurden allgemeine Studiengebühren/-beiträge noch nicht erhoben; die Einführung erfolgte erst ab dem Sommersemester 2007. Ein Betrag von jährlich 1.000 €, wie er in den sechs Ländern, die 2009 Studiengebühren/-beiträge erheben, die Regel ist, macht bei monatlichen Einnahmen in Höhe von durchschnittlich 812 € im Jahr 2009 ungefähr 10 % des verfügbaren Jahresbudgets Studierender aus.

3.1 Einnahmen der Studierenden

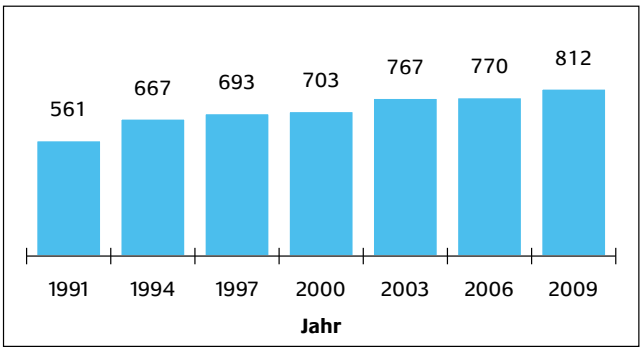
Um erfolgreich studieren zu können, sind Studierende darauf angewiesen, über Einnahmen zu verfügen, die die mit einem Studium verbundenen Kosten decken. Mit der Sozialerhebung wird ermittelt, wie hoch die Einnahmen ausfallen, mit denen Studierende, die sich im Erststudium befinden, außerhalb des Elternhauses wohnen und ledig sind (Haushaltstyp "Normalstudent"; 65 % aller Studierenden), ihre Lebenshaltungskosten bestreiten. Der sich aus einer erheblichen Bandbreite individueller Einnahmenhöhen ergebende Mittelwert der monatlichen Einnahmen kann näherungsweise als der Betrag angesehen werden, mit dem den Studierenden eine angemessene Lebensführung ermöglicht wird. Studierende verfügen in der Regel über Einnahmen aus mehreren Quellen in unterschiedlicher

Höhe. Die drei wichtigsten Quellen, die zum individuell verfügbaren Budget sehr unterschiedlich beitragen können, sind nach wie vor die finanzielle Unterstützung durch das Elternhaus, die subsidiäre Förderung nach dem BAföG und der eigene Verdienst der Studierenden.

Folgende die Einnahmensituation der Studierenden beschreibenden Ergebnisse sind hervorzuheben:

- Mit 812 € fällt 2009 der Durchschnittsbetrag der monatlichen Einnahmen um nominal 5,5 % bzw. 42 € höher aus als 2006 (Bild 3.1). Die Varianz der monatlichen Einnahmen ist erheblich (Bild 3.2): Einem Fünftel der Studierenden (20 %) stehen weniger als 600 € monatlich zur Verfügung, 17 % mehr als 1.000 €. Gemessen am BAföG-Höchstsatz (648 €) und dem unterhaltsrechtlichen Richtwert (640 €) sind 26 % bzw. 25 % der Studierenden mit niedrigeren monatlichen Einnahmen ausgestattet.
- Nach wie vor ist die finanzielle Unterstützung durch die Eltern die wichtigste Finanzierungsquelle: 87 % der Studierenden werden von ihren Eltern finanziell mit im Durchschnitt 445 € monatlich unterstützt (Bild 3.3). Allerdings ist festzustellen, dass die finanzielle Unterstützung durch die Eltern gegenüber 2006 geringer geworden ist. Dies ist vor allem deshalb bemerkenswert, weil von 1991 bis 2006 das finanzielle Engagement der Eltern eine stetig steigende Tendenz hatte (vgl. Bild 3.4).
- Wie in den Vorjahren ist auch 2009 die zweitwichtigste Finanzierungsquelle des Studiums der eigene Verdienst. 65 % der Studierenden tragen zur Finanzierung ihres Lebensunterhalts mit eigenem Verdienst in durchschnittlicher Höhe von monatlich 323 € bei. Hervorzuheben ist, dass sich die zwischen 2003 und 2006 zu beobachtende Tendenz einer abnehmenden Bedeutung des eigenen Verdienstes 2009 wieder umgekehrt hat. Die jüngste Novellierung des BAföG hat dazu geführt, dass BAföG-Empfänger/innen 2009 einen im Durchschnitt erheblich höheren Förderungsbetrag erhalten als noch 2006 (430 € vs. 376 €). Allerdings liegt der Anteil der Geförderten in der Bezugsgruppe „Normalstudent“ unverändert bei 29 %.
- Nach wie vor ist der Anteil der Studierenden, denen ein Stipendium zur Verfügung steht mit rd. 3 % vergleichsweise gering. Gegenüber 2006 (2 %) ist allerdings ein Anstieg des Anteils der Stipendiaten/innen zu konstatieren. Ebenso hat mit 5 % nur

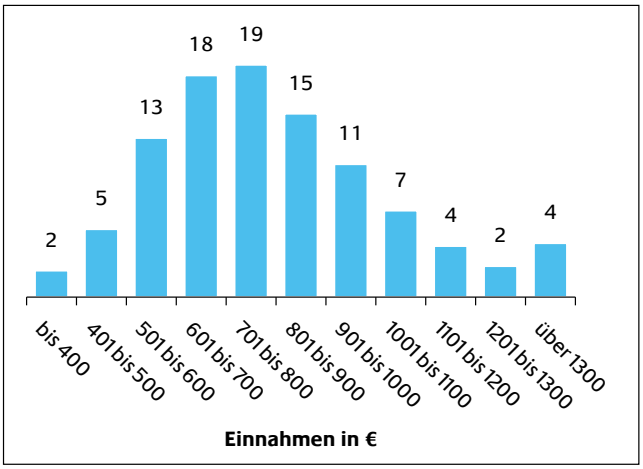
Bild 3.1 Höhe der monatlichen Einnahmen
Bezugsgruppe „Normalstudent“ [1], arithm. Mittelwert in €



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

[1] bis 2003 nur deutsche Studierende, ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

Bild 3.2 Einnahmenverteilung 2009 – Studierende nach der Höhe der monatlichen Einnahmen
Bezugsgruppe „Normalstudent“, in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

Bild 3.3 Finanzierungsquellen – Inanspruchnahme und geleistete Beträge
Bezugsgruppe „Normalstudent“, Studierende in %, arithm. Mittelwert in €

Finanzierungsquelle	2006		2009	
	Stud.	Betrag	Stud.	Betrag
Elternleistung	90	448	87	445
- als Barzuwendung	83	338	79	338
- als unbare Zuwendung	55	221	52	228
eigener Verdienst aus Tätigkeiten während des Studiums	60	308	65	323
BAföG	29	376	29	430
Rückgriff auf Mittel, die vor dem Studium angesammelt wurden	17	126	20	122
Verwandte, Bekannte	20	81	21	82
Waisengeld oder Waisenrente	4	221	4	223
Partner/Partnerin	3	161	2	155
Stipendium	2	328	3	305
Bildungskredit von der KfW	2	315	1	257
Studienkredit von der KfW			3	411
Kredit zur Studienfinanzierung von einer anderen Bank/Sparkasse	0,6	382	1	407
sonstige Finanzierungsquellen	3	353	3	442

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

ein relativ kleiner Anteil der Studierenden einen Kredit zur (teilweisen) Finanzierung des Lebensunterhalts aufgenommen. Allerdings hat sich der Anteil der Kreditnehmer/innen gegenüber 2006 immerhin verdoppelt (Bild 3.3).

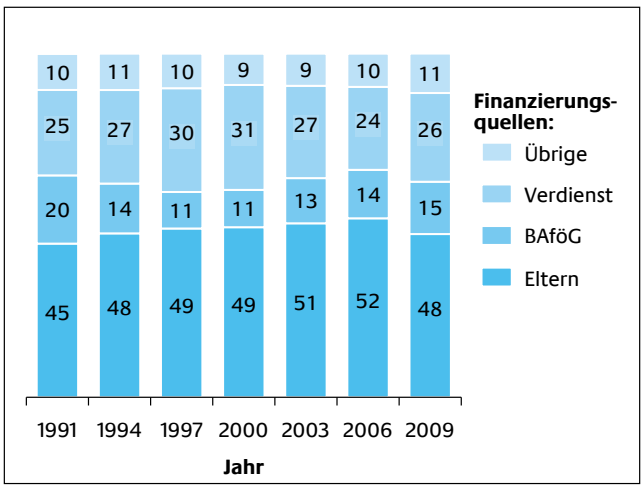
- Lediglich 15 % der Studierenden finanzieren ihren Lebensunterhalt mit Einnahmen aus nur einer Finanzierungsquelle . In der Regel wird das Studium durch Einnahmen aus zwei oder mehr Quellen finanziert; insofern ist die Studienfinanzierung eine Mischfinanzierung. Ein probates Mittel, um Veränderungen bei der Studienfinanzierung aufzuzeigen, besteht darin, die Entwicklung der Finanzierungsstruktur aufzuzeigen. Damit gemeint ist die durchschnittliche Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen, ausgewiesen als Anteil der verschiedenen Finanzierungsquellen am Gesamtbetrag der monatlichen Einnahmen (Bild 3.4).
- Der Beitrag der Eltern zu den monatlichen Einnahmen der Studierenden fällt mit 48 % deutlich geringer aus als 2006 mit 52 %. Damit ist erstmals seit 1991 ein Rückgang des Engagements der Eltern zur Finanzierung des Lebensunterhalts ihrer studierenden Kinder zu beobachten. Da erstmals seit dieser Zeit die Anteile der beiden unteren sozialen Herkunftsgruppen wieder zugenommen haben, könnte hier insofern ein Zusammenhang vermutet werden, als das finanzielle Vermögen der Eltern, zur Studienfinanzierung ihrer Kinder beizutragen, in den unteren Herkunftsgruppen weniger vorhanden ist. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die sozialen Herkunftsgruppen Einkommensunterschiede nicht trennscharf widerspiegeln.

Das BAföG trägt 2009 etwas mehr zu den monatlichen Einnahmen bei als 2006 (15 % vs. 14 %), was vor allem auf die 22. BAföG-Novelle (Erhöhung der Bedarfssätze und des absoluten Freibetrags vom Elterneinkommen) zurückzuführen ist, die zu im Durchschnitt deutlich höheren Förderungsbeträgen führt. Höher als 2006 fällt auch der Anteil der Selbstfinanzierung durch eigenen Verdienst aus. Wurden 2006 von den gesamten monatlichen Einnahmen 24 % durch eigenen Verdienst der Studierenden bestritten, liegt dieser Anteil 2009 bei 26 %. Damit hat sich die 2003 und 2006 zu beobachtende rückläufige Tendenz der Selbstfinanzierungsquote wieder umgekehrt.

- Eine Vorstellung über das volkswirtschaftliche Volumen, das mit der Finanzierung des studentischen Lebensunterhalts bewegt wird, ist zu gewinnen, wenn die durchschnittlichen monetären Leistungen der einzelnen Quellen mit der aktuellen Zahl der Studierenden hochgerechnet werden. Allein für die rund 1,1 Millionen Studierenden (Deutsche und Bildungsinländer), die zur Bezugsgruppe "Normalstudent" zählen, ergibt sich so für das Jahr 2009 eine Gesamtsumme von ca. 10,9 Milliarden €. Davon entfallen 5,19 Milliarden auf die Eltern, 2,82 Milliarden auf den eigenen Verdienst, 1,66 Milliarden auf das BAföG sowie 1,25 Milliarden € auf die übrigen Finanzierungsquellen. Unter Berücksichtigung aller Studierender (Deutsche und Bildungsinländer/innen, zur Zeit gut 1,7 Millionen Studierende) dürfte diese Gesamtsumme bei ca. 16,7 Milliarden € liegen. Nominal fällt das 2009 von den Eltern bereitgestellte Finanzvolumen bei Berücksichtigung erhöhter Studierendenzahlen um knapp 4 % geringer aus als 2006. Das durch BAföG und eigenen Verdienst bereitgestellte Finanzvolumen hat sich hingegen nominal deutlich erhöht (Bild 3.5).

Bild 3.4 Finanzierungsstruktur – Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen nach der Herkunft der Mittel[1]

Bezugsgruppe „Normalstudent“, Anteil je Finanzierungsquelle in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

[1] bis 2003 nur deutsche Studierende, ab 2006 einschl. Bildungsinländer/innen

Bild 3.5 Leistungsentwicklung der Finanzierungsquellen

Bezugsgruppe „Normalstudent“

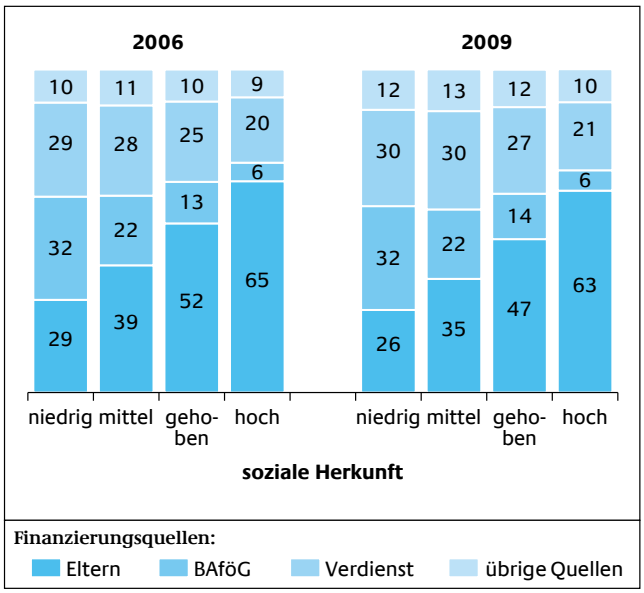
Finanzierungsquelle	nominale Veränderung[1]	
	2009 vs. 2006	2006 vs 2003
Eltern	-3,9 %	3,3 %
BAföG	13,8 %	7,7 %
Verdienst	12,8 %	-9,7 %
Übrige	25,2 %	3,7 %

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

[1] Veränderung des Finanzvolumens gegenüber dem erwarteten Volumen bei konstanter Leistung und Beachtung der veränderten Studierendenzahl

- Wie nicht anders zu erwarten, bestehen bei der Studienfinanzierung Unterschiede in Abhängigkeit von der sozialen Herkunft der Studierenden. Vergleichsweise gering ist der Unterschied bei der Höhe der monatlichen Einnahmen. Studierende der Herkunftsgruppe „hoch“ verfügen im Durchschnitt über um 50 € höhere Einnahmen als die der Herkunftsgruppe „niedrig“. Deutlicher treten Einflüsse der sozialen Herkunft bei der Zusammensetzung der Einnahmen hervor (Bild 3.6) – und zwar insbesondere beim Anteil der Elternfinanzierung, der mit steigender sozialer Herkunft deutlich wächst, und dem der BAföG-Finanzierung, der dem Subsidiaritätsprinzip folgend umso geringer ausfällt, je höher die soziale Herkunft ist. Der Anteil an den monatlichen Einnahmen, der von den Eltern aufgebracht wird, steigt von 26 % (Herkunftsgruppe „niedrig“) bis

Bild 3.6 Zuammensetzung der monatlichen Einnahmen nach sozialer Herkunft der Studierenden
Bezugsgruppe „Normalstudent“, Anteile in %



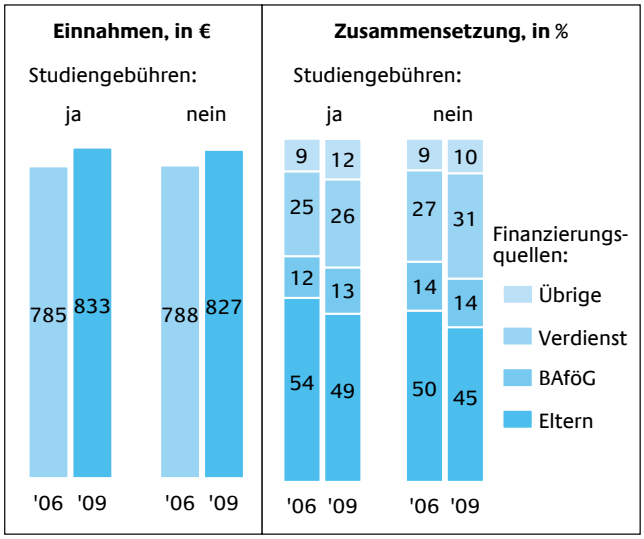
DSW/HIS 19. Sozialerhebung

auf 63 % (Herkunftsgruppe „hoch“), der des BAföG ist erwartungsgemäß bei den Studierenden der Herkunftsgruppe „niedrig“ mit 32 % am höchsten und verringert sich bis auf 6 % bei den Studierenden der Herkunftsgruppe „hoch“. Der eigene Verdienst spielt bei den Studierenden jeder Herkunftsgruppe eine relativ große Rolle. Von Studierenden der Herkunftsgruppe „hoch“ wird allerdings mit 21 % ein geringerer Anteil der monatlichen Einnahmen durch eigenen Verdienst erworben als von denen der übrigen Herkunftsgruppen, die zwischen 27 % und 30 % ihrer monatlichen Einnahmen durch eigenen Verdienst aufbringen.

Verglichen mit den Ergebnissen des Jahres 2006 ist festzustellen, dass bei den Studierenden jeder sozialen Herkunftsgruppe der Beitrag der Eltern zu den monatlichen Einnahmen geringer geworden ist, während sich die Selbstfinanzierungsquote durch eigenen Verdienst leicht erhöht hat (Bild 3.6). Der Anteil des BAföG an den monatlichen Einnahmen der Studierenden ist hingegen in den vier sozialen Herkunftsgruppen nahezu konstant geblieben. Der Rückgang der Bedeutung der Elternfinanzierung lässt sich zwar in allen Herkunftsgruppen beobachten, er fällt allerdings prozentual in der Herkunftsgruppe „hoch“ (rd. 3 %) deutlich geringer aus als in den übrigen Herkunftsgruppen (jeweils rd. 10 %). Kann der nachlassende Beitrag der Eltern zur Finanzierung der Lebenshaltungskosten während des Studiums einerseits auch als Einfluss der Wirtschaftskrise interpretiert werden, macht sich andererseits auch die Verschiebung in der sozialen Zusammensetzung der Studierenden bemerkbar. Auch die Zusatzbelastung durch Zahlung von allgemeinen Studiengebühren, die maßgeblich durch die Eltern getragen wird, kann einen Einfluss auf die Höhe der elterlichen Zuwendungen für den Lebensunterhalt haben.

Der Beitrag der Eltern zu den monatlichen Einnahmen für den Lebensunterhalt der Studierenden fällt 2009 sowohl in den alten Ländern, die heute Studiengebühren erheben, als auch in den alten Ländern ohne Studiengebühren geringer aus als 2006 (Bild 3.7). Auffällig ist, dass 2009, aber auch bereits 2006, von den Studierenden in den Ländern mit Studiengebühren ein höherer Anteil von den Eltern finanziell unterstützt wird – auch mit höheren Beträgen – als in den Ländern ohne Studiengebühren (2009: 88 % vs. 84 %, 466 € vs. 443 €). Allerdings ist bei der Höhe der Einnahmen, die den Studierenden an Hochschulen mit und ohne Studiengebühren in den alten Ländern 2009 zur Bestreitung der Lebenshaltungskosten monatlich insgesamt zur Verfügung stehen, kein statistisch signifikanter Unterschied zu beobachten (833 € vs. 827 €).

Bild 3.7 Höhe und Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen in Abhängigkeit von allgemeinen Studiengebühren an der besuchten Hochschule[1]
Bezugsgruppe „Normalstudent“ – alte Länder, Einnahmen in €, Quellenanteil in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

[1] Bei der Vergleichsrechnung 2006 wurden die Studierenden nach der Gebührenpflicht im jeweiligen Land nach dem Stand von 2009 zugeordnet

- Die Gruppe der Studierenden, die im bisherigen Verlauf ihres Studiums kein BAföG bezogen hat und auch keine Veranlassung sah einen entsprechenden Antrag zu stellen (43 % der Studierenden der Bezugsgruppe "Normalstudent"), wird anteilsmäßig und auch nach der Höhe des transferierten Betrags 2009 im entsprechenden Umfang von den Eltern finanziell unterstützt wie bereits 2006 (von den Eltern unterstützt: jeweils 94 %, Betrag von den Eltern: 570 € bzw. 575 €). Bei der Mehrheit der Studierenden, nämlich den aktuell nach dem BAföG Geförderten, den ehemaligen BAföG-Empfänger/innen und denen, deren BAföG-Erstantrag abschlägig beschieden wurde, fällt sowohl der Anteil derer, die von den Eltern finanziell unterstützt werden als auch der durchschnittlich von den Eltern transferierte Betrag geringer aus als 2006 (Bild 3.8).

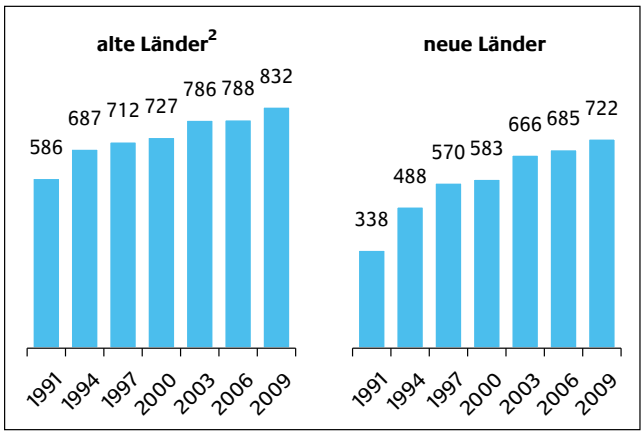
Bild 3.8 Inanspruchnahme der Finanzierungsquellen differenziert nach dem BAföG-Status der Studierenden
Bezugsgruppe „Normalstudent“

BAföG-Status / Finanzierungsquelle	Es erhielten ... (Stud. in %)		Betrag (Arithm. Mittelwert in €)	
	2006	2009	2006	2009
elternabhängige Förderung				
Eltern	87	79	258	246
BAföG	100	100	355	409
Verdienst	50	56	200	223
Übrige	35	39	119	133
elternunabhängige Förderung				
Eltern	63	48	185	185
BAföG	100	100	504	562
Verdienst	61	63	237	277
Übrige	33	33	179	202
ehemalige BAföG-Empfänger				
Eltern	86	81	384	365
Verdienst	76	81	399	415
Übrige	48	52	234	279
nie BAföG erhalten – Erstantrag abgelehnt				
Eltern	94	93	493	476
Verdienst	67	74	306	327
Übrige	42	52	187	196
nie BAföG erhalten – keinen Antrag gestellt				
Eltern	94	94	575	570
Verdienst	59	63	333	339
Übrige	43	47	185	212

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

- Der Rückgang des finanziellen Engagements der Eltern wird auch dadurch bestätigt, dass 2009 gegenüber 2006 ein geringerer Anteil der elternabhängig geförderten BAföG-Empfänger/innen von den Eltern finanziell in dem Umfang unterstützt wird, wie es entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip des BAföG zu erwarten ist (65 % vs. 70 %). Außerdem wurde festgestellt, dass von den Studierenden, die im Verlauf ihres bisherigen Studiums keine BAföG-Förderung in Anspruch nahmen, eine erhebliche Zahl (hochgerechnet rd. 200.000) die zur Verfügung gestellten Mittel durch eigenen Verdienst aufstocken, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten (Einnahmen ohne eigenen Verdienst: 324 €, eigener Verdienst: 448 €).
- Immer noch bestehen erhebliche Unterschiede in Höhe und Herkunft der monatlichen Einnahmen zwischen den alten und neuen Ländern. Studierende in den alten Ländern verfügen mit 832 € über deutlich höhere Einnahmen als die in den neuen Ländern mit 722 €. Anders als in den vorangegangenen Beobachtungszeiträumen hat sich der Abstand zwischen den monatlichen Einnahmen der Studierenden in den alten und neuen Ländern von 2006 auf 2009 nicht mehr verringert (Bild 3.9). Auch 2009 wird der größte Teil der monatlichen Einnahmen der Studierenden in den alten und neuen Ländern von den Eltern bereitgestellt (48 % bzw. 46 %). Gegenüber 2006 ist dieser Anteil in beiden Regionen allerdings um vier Prozentpunkte zurückgegangen. Während für die Studierenden in den alten Ländern der eigene Verdienst die zweitwichtigste Finanzierungsquelle ist – 27 % der monatlichen Einnahmen gegenüber 18 % in den neuen Ländern werden durch eigene Erwerbstätigkeit generiert –, steht für Studierende in den neuen Ländern die Förderung nach dem BAföG an zweiter Stelle – 24 % der monatlichen Einnahmen sind BAföG-Mittel, in den alten Ländern hingegen 14 %.

Bild 3.9 Entwicklung der monatlichen Einnahmen in den alten und neuen Ländern
Bezugsgruppe „Normalstudent“ [1], arithm. Mittelwert in €

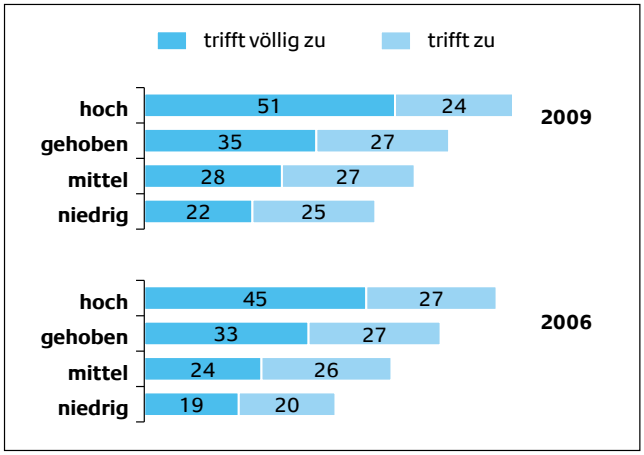


DSW/HIS 19. Sozialerhebung

[1] bis 2003 deutsche Studierende, ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen
[2] ab 2000 Berlin insgesamt zugeordnet, vorher nur Berlin (West)

- Studierende in den Bachelor-Studiengängen verfügen 2009 über etwas geringere Einnahmen als die altersgleichen Studierenden in den traditionellen Diplom/Magister-Studiengängen (746 € vs. 760 €). Es fällt auf, das von den Studierenden in Bachelor-Studiengängen ein geringerer Anteil als von den altersgleichen Studierenden in den Diplom/Magister Studiengängen eigenen Verdienst zur Bestreitung der Lebenshaltungskosten einsetzt (52 % vs. 62 %). Der durchschnittliche Betrag des eigenen Verdienstes, der von diesen Bachelor-Studierenden eingesetzt wird, ist etwas höher als bei den entsprechenden Studierenden der Diplom/Magister-Studiengänge (242 € vs. 232 €).
- Mehrheitlich gehen die Studierenden davon aus, dass die Finanzierung des Lebensunterhalts während ihres Studiums sichergestellt ist. 2009 schätzen rd. 63 % der Studierenden ihre persönliche finanzielle Situation entsprechend ein, gegenüber 2006 hat sich dieser Anteil um drei Prozentpunkte erhöht. Eine gegenteilige Einschätzung geben 16 % der Studierenden an, zwei Prozentpunkte weniger als noch 2006. 21 % äußerten sich bei dieser Fragestellung unentschieden. In Abhängigkeit von der sozialen Herkunft fällt diese Einschätzung unterschiedlich aus (Bild 3.10). 47 % der Studierenden aus der Herkunftsgruppe „niedrig“ gehen davon aus, dass die Finanzierung des Studiums gesichert ist, mit der sozialen Herkunft steigt dieser Anteilswert bis auf 75 % bei den Studierenden der Herkunftsgruppe „hoch“. Verglichen mit den Ergebnissen von 2006 fällt auf, dass unter den Studierenden der Herkunftsgruppe „niedrig“

Bild 3.10 Finanzierungssicherheit nach der sozialen Herkunft der Studierenden – Zustimmung zur Aussage: Die Finanzierung meines Lebensunterhalts während des Studiums ist sichergestellt.
Bezugsgruppe „Normalstudent", in % je Herkunftsgruppe

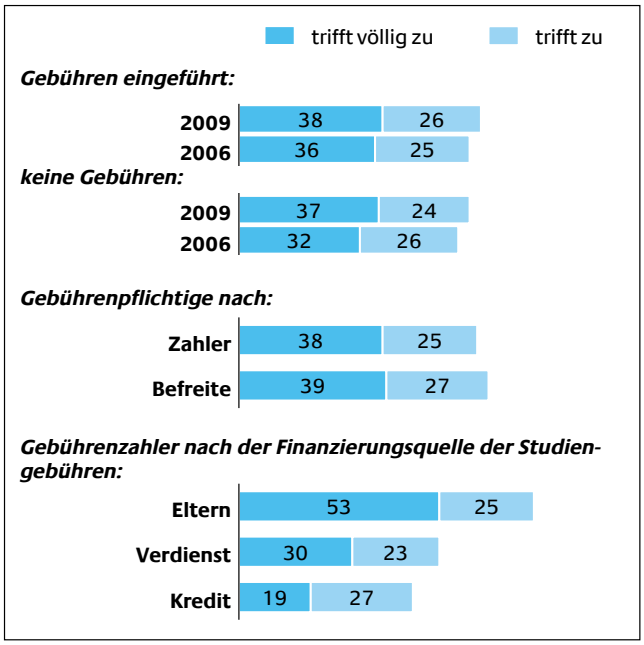


DSW/HIS 19. Sozialerhebung

der Anteil, der die Studienfinanzierung als gesichert einschätzt, sich überdurchschnittlich erhöht hat.

- Studierende in den alten Ländern mit und ohne allgemeine Studiengebühren unterscheiden sich bei der Einschätzung der Sicherheit ihrer Studienfinanzierung nur wenig (Bild 3.11). Allerdings sind die Unterschiede zwischen den Gebührenzahler/innen erheblich, wenn danach differenziert wird, durch welche Finanzierungsquelle die Studiengebühren beglichen werden. Studierende, deren Studiengebühren von den Eltern übernommen werden, sehen weitaus am häufigsten die Finanzierung des Studiums als sichergestellt an (78 %). Von den Studierenden hingegen, die die Studiengebühren mit einem dafür angebotenen Kredit finanzieren, schätzen weniger als die Hälfte die Finanzierung des Studiums als gesichert ein (46 %).

Bild 3.11 Finanzierungssicherheit differenziert nach allgemeinen Studiengebühren – Zustimmung zur Aussage: Die Finanzierung meines Lebensunterhalts während des Studiums ist sichergestellt.
Bezugsgruppe „Normalstudent" – alte Länder, in % je Gruppe

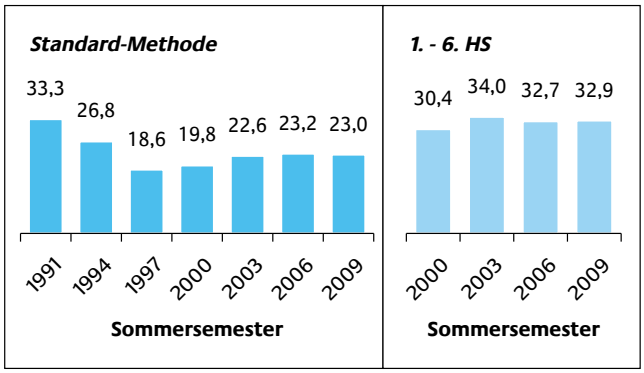


DSW/HIS 19. Sozialerhebung

3.2 Die Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz

Im Sommersemester 2009 erhalten von den deutschen Studierenden und den so genannten Bildungsinländer/innen rd. 23 % eine Förderung nach dem BAföG. Damit liegt die Quote der BAföG-Empfänger/innen auf dem gleichen Niveau wie 2006. Der Umfang der BAföG-Förderung wird noch deutlicher, wenn bei der Berechnung der Quote nur die Studierenden in den ersten sechs Hochschulsemestern berücksichtigt werden. In dieser Teilgruppe kann der Anteil der Studierenden, der die BAföG-Berechtigung durch fehlenden Leistungsnachweis, Überschreitung der Förderungshöchstdauer u. a. m. bereits verwirkt haben, noch als vernachlässigbar gering angesehen werden. Die BAföG-Quote in den ersten sechs Hochschulsemestern bringt insofern näherungsweise zum Ausdruck, welcher Anteil der potentiell Anspruchsberechtigten tatsächlich gefördert wird. 2009 werden von den Studierenden in den ersten sechs Hochschulsemestern 32,9 % gefördert. Damit liegt auch diese Quote auf gleichem Niveau wie im Jahre 2006, als sie bei 32,7 % lag (Bild 3.12).

Bild 3.12 BAföG-Quote – Anteil der Geförderten unter allen Studierenden (Standard-Methode) und denen in den ersten sechs Hochschulsemestern (1. - 6. HS)[1]
in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

[1] bis 2003 nur deutsche Studierende, ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

Zu Umfang und jüngster Entwicklung der BAföG-Förderung sind auf der Basis der Studierenden in den ersten sechs Hochschulsemestern folgende Befunde hervorzuheben:

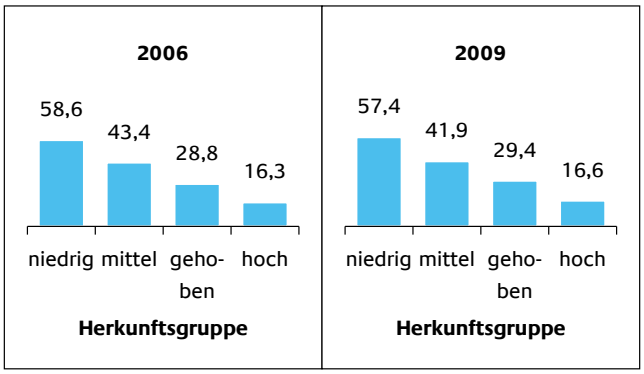
- Der Anteil der geförderten Frauen und Männer liegt 2009 auf einem vergleichbaren Niveau (33,1 % bzw. 32,8 %). Gegenüber 2006 hat sich der Anteil der geförderten Frauen um

knapp zwei Prozentpunkte verringert, der Anteil der geförderten Männer ist hingegen um gut zwei Prozentpunkte gestiegen. Diese Entwicklung ist damit zu erklären, dass sich die geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Studierneigung von Kindern aus einkommensschwächeren Familien tendenziell nivelliert haben. Unter denen, die in den letzten drei Jahren ein Studium aufgenommen haben, waren die Anteile der Männer und Frauen aus einkommensschwächeren Familien etwa gleich hoch, während 2006 unter den Studierenden in den ersten sechs Hochschulsemestern der Anteil der Frauen aus einkommensschwächeren Familien überwog.

- Differenziert nach der sozialen Herkunft der Studierenden, ist die BAföG-Quote mit gut 57 % in der Herkunftsgruppe „niedrig" am höchsten und verringert sich erwartungsgemäß mit steigender sozialer Herkunft auf knapp 17 % in der Herkunftsgruppe „hoch". Gegenüber 2006 ist der Anteil der Geförderten der beiden unteren Herkunftsgruppen leicht zurückgegangen, während für die Herkunftsgruppe „gehoben" ein geringer Anstieg und für die Herkunftsgruppe „hoch" ein konstant gebliebener Anteil der Geförderten zu konstatieren ist (Bild 3.13).

Bild 3.13 BAföG-Quote nach der sozialen Herkunft der Studierenden in den ersten sechs Hochschulsemestern

Studierende im 1. bis 6. Hochschulsemester, in % je Herkunftsgruppe

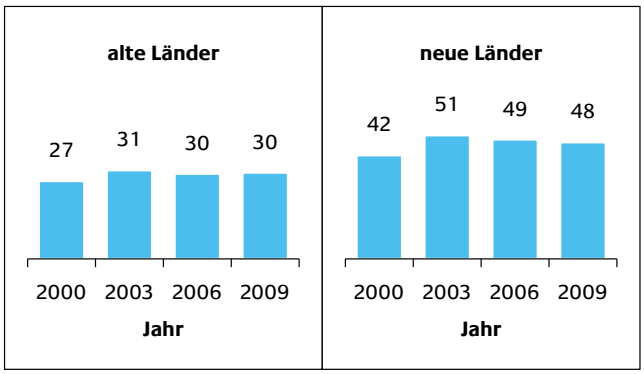


DSW/HIS 19. Sozialerhebung

- In den neuen Ländern wird nach wie vor ein erheblich höherer Studierendenanteil nach dem BAföG gefördert als in den alten Ländern. Bezogen auf die Studierenden in den ersten sechs Hochschulsemestern werden davon in den neuen Ländern 48 % und in den alten Ländern 30 % nach dem BAföG gefördert. Gegenüber 2006 ist der Gefördertenanteil in den neuen Ländern leicht zurückgegangen, während er in den alten Ländern konstant geblieben ist (Bild 3.14).
- Die BAföG-Quote unter den Studierenden an Fachhochschulen ist im Vergleich zu den Studierenden an Universitäten etwas höher (35 % vs. 32 %). Dies ist vor allem mit der unterschiedlichen sozialen Zusammensetzung der Studierenden an den beiden Hochschularten zu erklären. Allerdings hat sich unter den Studierenden in den ersten sechs Hochschulsemestern der Abstand zwischen den BAföG-Quoten an beiden Hochschularten, der 2000 noch bei acht Prozentpunkten lag, zwischenzeitlich auf nunmehr drei Prozentpunkte verringert. Bei den Studierenden in Bachelorstudiengängen ist der Unterschied zwischen den BAföG-Quoten an beiden Hochschularten noch geringer (Universität: 33 %, Fachhochschule: 35 %).

Bild 3.14 BAföG-Quote der Studierenden in den ersten sechs Hochschulsemestern differenziert nach alten und neuen Ländern

Studierende im 1. - 6. Hochschulsemester, in % je Region



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

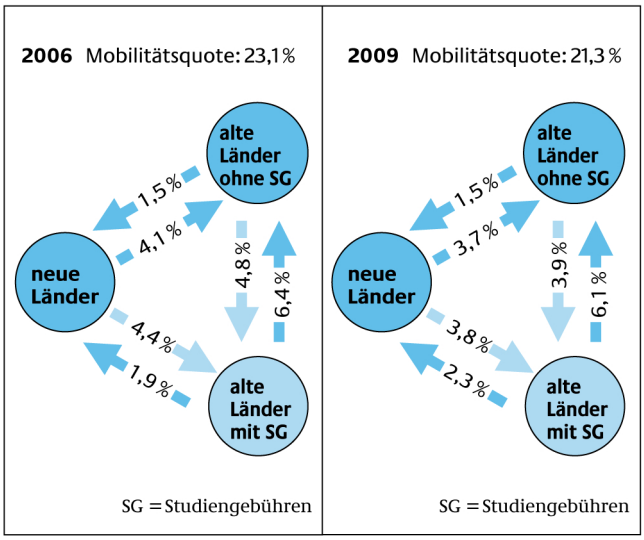
[1] bis 2003 nur deutsche Studierende, ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

Über die bisher dargestellten Befunde hinaus, die sich allein auf die Studierenden in den ersten sechs Hochschulsemestern bezogen, sind die folgenden Ergebnisse zur BAföG-Förderung herauszustellen:

- Von den Studierenden im Erststudium, die an Hochschulen in den sechs Ländern immatrikuliert sind, die 2009 allgemeine Studiengebühren erhoben haben, werden insgesamt 22,8 % nach dem BAföG gefördert. In den gleichen Ländern lag 2006, also vor der Einführung allgemeiner Studiengebühren, die entsprechende BAföG-Quote bei 22,4 %. Der Anteil der Studierenden aus einkommensschwächeren Familien ist in diesen Ländern nach Einführung der allgemeinen Studiengebühren folglich stabil geblieben.
- Wird die Hochschullandschaft unterschieden nach neuen Ländern sowie alten Ländern mit und ohne Studiengebühren, ist festzustellen, dass der Anteil der BAföG-Empfänger/innen, die zum Studium die Region verlassen, in der die Hochschulreife erworben wurde, 2009 geringer ausfällt als 2006 (21,3 % vs. 23,1 %). Dieser Rückgang ist vor allem darauf zurückzuführen, dass 2009 weniger Geförderte aus den Ländern ohne Studiengebühren zum Studium in die Länder mit Studiengebühren gegangen sind (Bild 3.15). 2006 gingen 4,8 % der Geförderten von einem der alten Länder, die auch 2009 keine Studiengebühren erheben, zum Studium in eines der alten Länder, welche heute Studiengebühren erheben. 2009 liegt der entsprechend Anteil bei 3,9 % (absolut: 18.800 Geförderte 2006 vs. 14.900 Geförderte 2009). Auch der Anteil der Geförderten, die aus den neuen Ländern in eines der alten Länder wechselten, die heute Studiengebühren erheben, ist von 2006 auf 2009 leicht zurückgegangen – von 4,4 % auf 3,8 % (absolut: 17.400 Geförderte 2006 vs. 15.300 Geförderte 2009).

Bild 3.15 Regionale Mobilität der BAföG-Empfänger/innen – Wanderung zwischen neuen Ländern sowie alten Ländern mit und ohne Studiengebühren[1]

Nach dem BAföG geförderte Studierende im Erststudium, in % von allen Geförderten



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

[1] Mobilität ist hier definiert als Wechsel von der Region, in der die Hochschulreife erworben wurde, in eine andere Region zwecks Studienaufnahme

Bild 3.16 Höhe der Förderungsbeträge nach ausgewählten Merkmalen[1]

Bezugsgruppe „BAföG-Empfänger/innen", arithm. Mittelwert in €

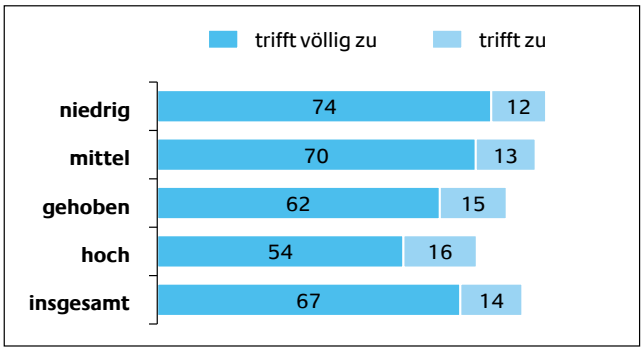
Merkmal	Förderungsbeträge			
	2000	2003	2006	2009
1. Wohnung				
- bei den Eltern	218	271	283	307
- nicht im Elternhaus	325	369	378	435
2. Geschlecht				
- männlich	303	348	361	407
- weiblich	309	356	361	414
3. soziale Herkunft				
- niedrig	338	383	390	442
- mittel	307	361	369	419
- gehoben	294	342	354	393
- hoch	265	307	326	380
4. Hochschulart				
- Universität u.ä.	306	347	353	408
- Fachhochschule	307	362	382	423
5. Region				
- alte Länder	315	355	363	411
- neue Länder	285	343	361	421
insgesamt	306	352	363	413

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

[1] bis 2003 nur deutsche Studierende, ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

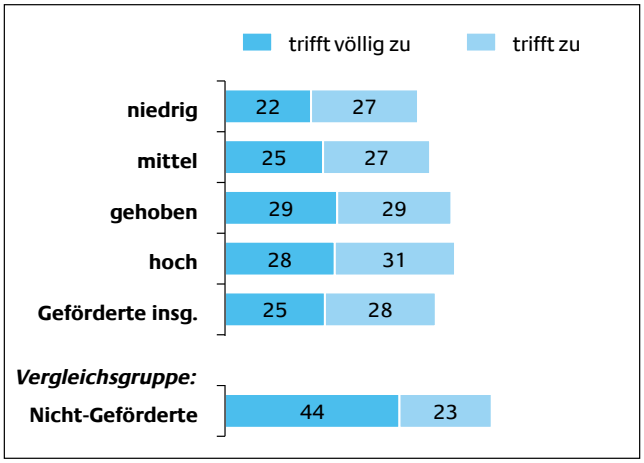
- Der durchschnittliche Förderungsbetrag liegt 2009 bei 413 € und damit um 50 € bzw. knapp 14 % höher als 2006. Dies ist ein Ergebnis, das aufgrund der zwischenzeitlich erfolgten Erhöhung der Bedarfsätze und der Erhöhung des absoluten Freibetrags vom Einkommen der Eltern zu erwarten war. Deutlicher gestiegen ist der durchschnittliche Förderungsbetrag der Geförderten, die nicht im Elternhaus wohnen (von 378 € auf 435 €), verglichen mit den Geförderten, die bei den Eltern wohnen (von 283 € auf 307 €; vgl. Bild 3.16). Die Spreizung der Förderungsbeträge zeigt, dass lediglich 11 % der Geförderten mit monatlichen Beträgen über 600 € unterstützt werden. Die Mehrheit der BAföG-Empfänger/innen erhält niedrigere Förderungsbeträge. Auffällig ist, dass 2009 gegenüber 2006 der Anteil der Geförderten mit Förderungsbeträgen bis 400 € deutlich geringer ausfällt (43 % vs. 57 %), während der Anteil mit höheren Beträgen entsprechend gestiegen ist. In welchem Umfang dies auf die Veränderungen durch die 22. BAföG-Novelle zurückzuführen ist oder auch darauf, dass sich der Anteil der Studierenden aus Familien mit nicht so guten Einkommensverhältnissen erhöht hat, lässt sich mit den Daten der Sozialerhebung nicht aufklären.
- Im Normalfall wird das BAföG als Zuschuss und unverzinsliches Darlehen (jeweils zur Hälfte des sich individuell ergebenden Förderungsbetrags) gewährt. 2009 werden knapp 95 % der Geförderten entsprechend unterstützt. Eine reine Zuschussförderung erhalten knapp 1 %, ausschließlich ein verzinsliches Darlehen gut 4 %. Auffällig ist, dass der Anteil der Geförderten, der durch ein verzinsliches Darlehen unterstützt wird, das vor allem dann gewährt wird, wenn der erfolgreiche Abschluss des Studiums absehbar ist, zwischen 2003 und 2009 von 1,7 % auf 4,4 % gestiegen ist. 14 % der Geförderten werden, wie bereits 2006 und 2003, unabhängig von der Einkommenssituation im Elternhaus gefördert, weil die Eltern nach den Regelungen des BAföG nicht mehr verpflichtet sind, Ausbildungsunterhalt zu leisten. Elternunabhängig Geförderte sind deutlich älter und haben weit häufiger bereits eine Berufsausbildung abgeschlossen als elternabhängig Geförderte. Dieser Befund überrascht nicht, da beide Fallkonstellationen im BAföG typisierend als Voraussetzung für elternunabhängige Förderung geregelt sind. Der durchschnittliche Unterstützungsbetrag bei elternunabhängiger Förderung liegt ca. 150 € höher als bei elternabhängiger Förderung).
- Der weitaus größte Teil der BAföG-Empfänger/innen (81 %) ist davon überzeugt, ohne diese Förderung nicht studieren zu können. In Abhängigkeit von der sozialen Herkunft ist diese Einstellung bei den Geförderten der Herkunftsgruppe „niedrig" mit 86 % am häufigsten anzutreffen und verringert sich mit steigender Herkunft bis auf 70 % unter den Geförderten der Herkunftsgruppe „hoch" (Bild 3.17). Der Anteil der BAföG-Empfänger/innen, der davon ausgeht, dass die Finanzierung des Lebensunterhalts während des Studiums sichergestellt ist, liegt bei 53 % und fällt damit deutlich geringer aus als unter den Nicht-Geförderten, von denen 67 % die Finanzierung des Studiums als gesichert ansehen (Bild 3.18). Die Bedeutung des BAföG für die Studienfinanzierung wird durch diese Daten bestätigt.

Bild 3.17 Zustimmungsrate der Geförderten nach sozialer Herkunft zur Aussage: Ohne BAföG-Förderung könnte ich nicht studieren.
Nach dem BAföG geförderte Studierende, in % je Herkunftsgruppe



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

Bild 3.18 Zustimmungsrate der BAföG-Empfänger/innen nach sozialer Herkunft zur Aussage: Die Finanzierung meines Lebensunterhalts während des Studiums ist sichergestellt.
Nach dem BAföG geförderte Studierende, in % je Herkunftsgruppe



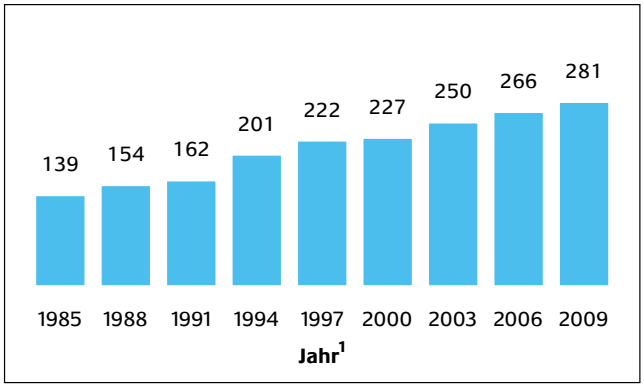
DSW/HIS 19. Sozialerhebung

3.3 Ausgaben für die Lebenshaltung

Wie die Einnahmen streuen auch die Ausgaben der Studierenden beträchtlich. Es gibt keine eindeutigen, „objektiven" Normwerte für die Kosten eines Studiums. Sie unterscheiden sich je nach Hochschulort, nach Studienphase und Lebensalter, nach Fächern und anderen Aspekten. Die Höhe der Einnahmen wird ebenso wie die der Ausgaben selbstverständlich auch durch eine subjektive Anspruchskomponente mitbestimmt. Die Ausgaben der Studierenden umfassen an erster Stelle die Aufwendungen für die Miete, die Bestreitung des alltäglichen Lebensunterhalts (einschließlich Verkehr, Gesundheit und Freizeit) und die Finanzierung der unmittelbar mit dem Studium verbundenen Kosten (z. B. für Lernmittel). Aus methodischen Gründen werden in der Sozialerhebung nur ausgewählte Ausgabenpositionen erhoben, deren Summe nicht den Gesamtbetrag aller monatlichen Ausgaben wiedergibt. Folgende Ergebnisse zu den erhobenen monatlichen Ausgaben der ledigen Studierenden im Erststudium, die außerdem nicht im Elternhaus wohnen (Haushaltstyp „Normalstudent"), sind hervorzuheben:

- Wie immer bilden die Ausgaben für Miete (einschließlich Nebenkosten) mit ca. 35 % der monatlichen Einnahmen die wichtigste Ausgabenposition (Bild 3.19). Sie beträgt im Jahr 2009 durchschnittlich 281 € und ist nominal gegenüber 2006 um 6 % angestiegen. Hinter dem Durchschnittswert verbirgt sich eine nicht unbeträchtliche Streuung: 19 % der Studierenden geben bis zu 200 € im Monat für ihre Miete aus, 51 % zwischen 201 und 300 € und 30 % mehr als 300 €, 8 % sogar mehr als 400 €.

Bild 3.19 Entwicklung der monatlichen Ausgaben für Miete und Nebenkosten – Mittelwerte
Bezugsgruppe „Normalstudent", arithm. Mittelwert in €



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

[1] ab 1991 einschl. neue Länder

- Die Ausgabenhöhe für diese Position unterscheidet sich erheblich nach der gewählten Wohnform: Danach ist es mit im Durchschnitt monatlich 222 € finanziell am günstigsten, im Wohnheim zu wohnen; am teuersten ist es, allein in einer eigenen Wohnung zu leben (durchschnittlich 341 €). Die individuelle Belastung durch die monatlichen Ausgaben hängt in erster Linie vom gesamten verfügbaren Budget ab: Während der Anteil, der für die Miete aufgebracht werden muss, im untersten Einnahmenquartil (weniger als 640 €) 42 % beträgt, beläuft er sich im obersten Quartil (über 944 €) auf nur noch 30 %, obgleich die durchschnittlichen Mietausgaben hier um 121 € höher sind. Studierende mit geringen Einnahmen wohnen häufiger im Wohnheim, während sich Studierende mit höheren Einnahmen eher eine eigene Wohnung leisten können.
- Große Unterschiede in den Mietausgaben gibt es immer noch zwischen den neuen und alten Ländern. Bei allen Wohnformen liegen die durchschnittlichen Aufwendungen in den alten Ländern höher als in den neuen Ländern, wobei die Ausgaben in beiden Regionen mit jedem Erhebungsjahr weiter angestiegen sind. Auch sonst gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den 16 Ländern und vor allem zwischen den einzelnen Hochschulstandorten (Bild 3.20). So geben Studierende in

Bild 3.20 Rangfolge der Hochschulstädte nach der Höhe der monatlichen Ausgaben für Miete und Nebenkosten

Bezugsgruppe „Normalstudent", arithm. Mittelwert in €

Rang	Standort[1]	Ausgaben für Miete[2]	Rang	Standort[1]	Ausgaben für Miete[2]
1	München	348	28	Rostock	279
2	Hamburg	345	29	Trier	278
3	Köln	333	30	Karlsruhe	276
4	Düsseldorf	330	31	Regensburg	275
5	Frankfurt a. M.	328	32	Potsdam	274
6	Darmstadt	321	33	Dortmund	274
7	Mainz	308	34	Braunschweig	273
8	Stuttgart	306	35	Erlangen-Nürnb.	272
9	Konstanz	305	36	Würzburg	268
10	Heidelberg	301	37	Bielefeld	267
11	Bremen	300	38	Gießen	266
12	Berlin	298	39	Göttingen	261
13	Ulm	298	40	Kassel	260
14	Bonn	298	41	Paderborn	259
15	Wuppertal	297	42	Osnabrück	259
16	Freiburg	294	43	Bochum	258
17	Aachen	293	44	Passau	254
18	Duisburg	289	45	Greifswald	252
19	Lüneburg	288	46	Bamberg	250
20	Tübingen	288	47	Erfurt	249
21	Hannover	285	48	Halle (Saale)	243
22	Saarbrücken	282	49	Oldenburg	242
23	Münster	281	50	Leipzig	236
24	Mannheim	281	51	Magdeburg	236
25	Kiel	280	52	Jena	233
26	Augsburg	280	53	Dresden	223
27	Marburg	279	54	Chemnitz	210

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

[1] nur Standorte, für die Angaben von mindestens 50 Studierenden vorliegen

[2] einschließlich Nebenkosten

Bild 3.21 Ausgaben in Abhängigkeit von der Höhe der Einnahmen in Quartilen

Bezugsgruppe „Normalstudent", arithm. Mittelwert in €

Ausgabenposition	Einnahmenquartil				insgesamt
	1.	2.	3.	4.	
Miete einschl. Nebenkosten	228	260	288	349	281
Ernährung	119	146	168	202	159
Kleidung	36	44	52	70	51
Lernmittel	25	29	34	43	33
Auto und/oder öffentliche Verkehrsmittel	53	62	73	111	76
eigene Krankenversicherung, Arztkosten, Medikamente	44	50	56	79	59
Kommunikation (Telefon, Internet u. a. m.)	26	31	36	47	35
Freizeit, Kultur und Sport	41	54	68	87	63

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

[1] Ausgewiesen wird der Durchschnittsbetrag bezogen auf die Studierenden, die Angaben zu der jeweiligen Position machten. Die Antworthäufigkeit je Position variiert zwischen 62 % und 99 %.

München im Durchschnitt 348 € für Miete und Nebenkosten aus, Studierende in Chemnitz hingegen lediglich 210 €.

- Über die Miete hinaus entstehen den Studierenden weitere finanzielle Aufwendungen: Die monatlichen Ausgaben der Studierenden für Ernährung liegen im Durchschnitt bei 159 € und weisen eine erhebliche Spannweite auf. Die Ausgaben für Kleidung belaufen sich auf durchschnittlich 51 €. Ausgaben für Lernmittel schwanken stark mit der jeweiligen Fachrichtung; im Durchschnitt geben Studierende dafür 33 € pro Monat aus. Die monatlichen Ausgaben für ein Auto und/oder öffentliche Verkehrsmittel liegen 2009 bei durchschnittlich 76 €, wobei anzumerken ist, dass der Anteil der Studierenden mit Ausgaben für ein Auto schon seit Anfang der 1990er Jahre rückläufig ist (1991: 53 %) und seit 2006 erneut von 39 % auf nunmehr 34 % gesunken ist. Weitere wichtige Ausgabenposten sind Gesundheit (durchschnittlich 59 € im Monat für eigene Krankenversicherung, Arztkosten und Medikamente), Kommunikation (35 € für Telefon, Internet etc.) sowie Freizeit, Kultur und Sport (63 €).
- Selbstverständlich hängt die Höhe der Ausgaben bei fast allen Positionen – wie schon bei der Miete gezeigt – von dem durch das verfügbare Einnahmenniveau gesetzten Rahmen ab. Diese Einnahmenabhängigkeit der Ausgaben findet sich bei sämtlichen Ausgabenarten (Bild 3.21): Das Viertel der Studierenden mit den geringsten Einnahmen hat bei allen Ausgabenposten auch die niedrigsten Ausgaben. Mit der Einnahmenhöhe steigen die durchschnittlichen Ausgaben bei allen Posten von Quartil zu Quartil an.
- Durch eine Bilanzierung der monatlichen Einnahmen mit der Summe der Ausgaben für die beschriebenen Ausgabepositionen wird verdeutlicht, wieviel Mittel den Studierenden für weitere notwendige Ausgaben noch verbleiben. So bilanziert verfügen 22 % der Studierenden über mehr als 200 € für weitere Ausgaben, bei ebenfalls 22 % liegt dieser Betrag über 100 bis 200 €. Bei 33 % ist die Bilanz einigermaßen ausgeglichen, d. h. die Einnahmen übersteigen die Ausgaben für die ausgewählten Positionen um bis zu 100 €. Am anderen Ende dieser Skala gibt es aber auch 23 % der Studierenden, deren Ausgaben nicht vollständig durch die Einnahmen gedeckt sind und die im Durchschnitt schon 55 € mehr für die ausgewählten Positionen ausgeben als ihnen einnahmenseitig zur Verfügung steht; diese Gruppe, die mit zunehmendem Alter anwächst, befindet sich in einer prekären finanzielle Situation (Bild 3.22). Nicht unerwartet gibt es einen direkten Zusammenhang zwischen Einnahmenhöhe und der Einnahmen-Ausgaben-Balance. Ein besonderer finanzieller Druck kumuliert sich danach im untersten Einnahmenquartil und bei älteren Studierenden in den höheren Semestern.

Bild 3.22 Einnahmen/Ausgaben-Bilanz nach ausgewählten Merkmalen
Bezugsgruppe „Normalstudent", Studierende je Merkmal in %

Merkmal	Bilanzergebnis				
	keine Mittel verfügbar	1 - 50 € verfügbar	51 - 100 € verfügbar	101 - 200 € verfügbar	über 200 € verfügbar
1. Geschlecht					
- männlich	25	17	15	21	22
- weiblich	21	18	15	23	23
2. Soziale Herkunft					
- niedrig	23	18	11	24	23
- mittel	24	18	15	21	22
- gehoben	23	18	16	21	21
- hoch	22	18	16	22	22
3. Alter					
- bis 21 Jahre	21	19	16	24	21
- 22/23 Jahre	21	17	16	23	23
- 24/25 Jahre	24	18	14	20	23
- 26/27 Jahre	26	18	14	21	21
- 28/29 Jahre	24	19	15	22	20
- ab 30 Jahre	32	18	11	18	21
4. Region					
- alte Länder	24	18	15	22	23
- neue Länder	21	19	17	24	20
5. Allgemeine Studiengebühren					
- ja	24	17	14	21	24
- nein	22	19	16	23	20
insgesamt	23	18	15	22	22

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

3.4 Ausgaben für allgemeine Studiengebühren/-beiträge

Mit der 19. Sozialerhebung konnte erstmals auch ermittelt werden, wie Studierende die allgemeinen Studiengebühren/-beiträge finanzieren. Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass im Sommersemester 2009 von den Studierenden im Erststudium 59 % an einer Hochschule immatrikuliert waren, die allgemeine Studiengebühren/-beiträge erhebt. Dadurch, dass 18 % dieser Studierenden aufgrund landesspezifischer Regelungen von der Gebührenpflicht ausgenommen oder befreit sind, verbleiben 48 %, die für das Sommersemester 2009 entsprechende Gebühren/Beiträge zu entrichten hatten.

Die Mehrheit der Gebührenzahler (59 %) begleicht diese ganz (41 %) oder teilweise (18 %) mit Mitteln, die von den Eltern zur Verfügung gestellt werden. Am zweithäufigsten wird von den Gebührenzahler/innen der eigene Verdienst genannt, mit dem die Gebühren/Beiträge ganz (9 %) oder teilweise (21 %) bezahlt werden. Ein etwas geringerer Anteil finanziert die Studiengebühren mit Ersparnissen (24 %, ausschließlich: 9 %, teilweise: 15 %). 11 % der Gebührenzahler/innen haben dafür eines der speziell zur Finanzierung der Studiengebühren/-beiträge von den Ländern veranlassten Kreditangebote in Anspruch genommen. Es fällt auf, dass in Nordrhein-Westfalen fast ein Fünftel der Gebührenzahler/innen (19 %) auf einen solchen Kredit zurückgreift, während in den übrigen Ländern, Hamburg ausgenommen, der Anteil der Kreditnehmer erheblich geringer ausfällt (zwischen 3 % und 9 %, Bild 3.23). In Hamburg ist insofern eine Sondersituation, als den Studierenden dort anstatt eines Kreditangebots die Möglichkeit eingeräumt wird, die Studiengebühren nachgelagert, also i. d. R. nach Beendigung des Studiums, zu begleichen. Nach dem Ergebnis der Sozialerhebung haben diese Möglichkeit 47 % der Studierenden in Hamburg in Anspruch genommen.

Bild 3.23 Finanzierung der Studiengebühren für das Sommersemester 2009
Gebührenpflichtige Studierende im Erststudium, in %, Mehrfachnennungen

Finanzierungsquelle	Länder mit allgemeinen Studiengebühren						insgesamt
	Baden-Württemberg	Bayern	Hamburg[1]	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Saarland	
Eltern	66	65	48	58	55	62	59
eigener Verdienst	31	30	36	29	28	34	30
Kredit	5	4	-	9	19	3	11
eigene Ersparnisse	26	25	29	28	20	30	24
andere Quelle	5	5	10	9	6	7	6

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

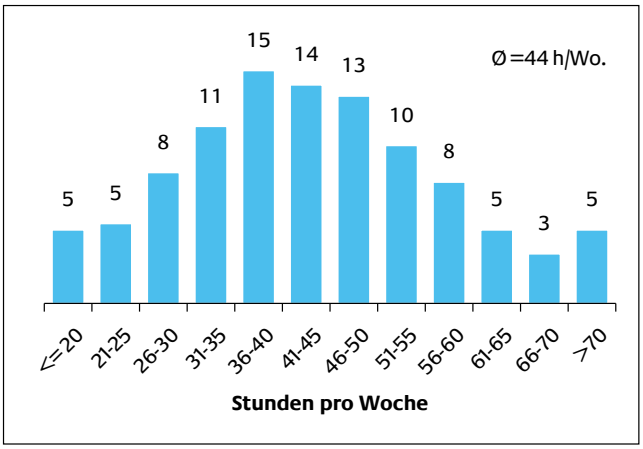
[1] Ohne die Studierenden, die angaben, für das Sommersemester 2009 keine Gebühren/Beiträge gezahlt zu haben, da sie von der Möglichkeit der nachgelagerten Begleichung Gebrauch machen.

4. Die Zeitstruktur des studentischen Alltags – Studium und Erwerbstätigkeit

Wie viel Zeit investieren Studierende in ihr Studium, wie viel bringen sie neben ihren Studienaktivitäten für Erwerbstätigkeit auf? Das Bild des Studierenden hat sich historisch stark verändert. Gerade die Sozialerhebungen als Zeitreihe zum sozialen Wandel des Studierens konnten empirisch zeigen, wie sehr sich die Realität vom „klassischen Bild des Studierenden" entfernt hat. In besonderer Weise gilt dies für Vorstellungen über das studentische Zeitbudget. Ungeachtet dessen knüpfen einige der wichtigsten Vorhaben der Studienstrukturreform mit ihrer zeitlichen und inhaltlichen Verdichtung der Studienanforderungen (z. B. durch kürzere Regelstudienzeiten, Modularisierung des Studiums, Einführung von Leistungspunktesystemen, intensivere Nutzung der vorlesungsfreien Zeit usw.) implizit weiter an die Vorstellung an, dass sich das Zeitbudget der Studierenden ganz überwiegend auf das Studium konzentriert.

Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang vor allem die Ergebnisse der Zeitbudgetanalyse. Ein nicht unerheblicher Teil der Studierenden – 2009 sind es 21 % (Bild 4.7)– betreibt de facto ein Teilzeitstudium, wobei dies nur bei acht Prozent durch extensive Erwerbstätigkeit bedingt ist. Während 29 % der Studierenden für Studium und Job zusammen maximal 35 Stunden pro Woche aufwenden, steigt bei 31 % der Studierenden das für Studium und Erwerbstätigkeit aufgebrachte Zeitvolumen auf mehr als 50 Stunden in der Woche an (Bild 4.1). Solche Befunde verweisen darauf, wie unterschiedlich die zeitlichen Strukturen des Studiums sind. Darüber hinaus wird deutlich, dass es bei einem Teil der Studierenden große Disparitäten zwischen dem planmäßigen Zeitrhythmus des Studiums (als Vollzeitstudium) und dem tatsächlichen Studienverhalten gibt.

Bild 4.1 Studierende nach zeitlicher Gesamtbelastung durch Studium und Erwerbstätigkeit 2009
Studierende im Erststudium, in %

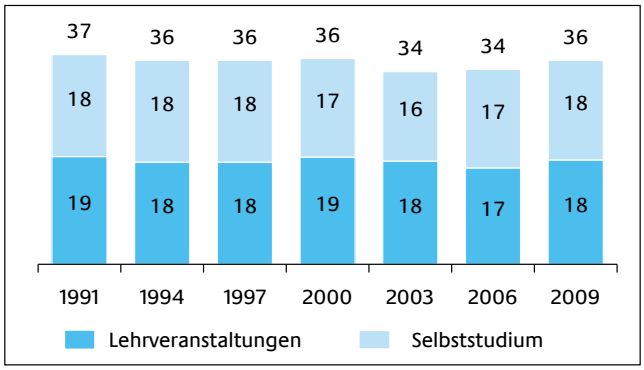


DSW/HIS 19. Sozialerhebung

Folgende Ergebnisse sollen hervorgehoben werden:

- Der gesamte studienbezogene Zeitaufwand während der Vorlesungszeit hat sich von 1991 bis 2009 nur marginal verändert (Bild 4.2): Von durchschnittlich 37 Stunden in der Woche auf 36 Stunden. Zwischenzeitlich hatte der studienbezogene Zeitaufwand 2003 und 2006 auf 34 Wochenstunden abgenommen, um danach bis 2009 wieder um durchschnittlich zwei Stunden anzusteigen, was auch als Auswirkung der Studienstrukturreform interpretiert werden kann. Über den ganzen Zeitraum hinweg stellen sich die beiden Arbeitsformen „Teilnahme an Lehrveranstaltungen" und „Selbststudium" stabil als relativ gleichgewichtig dar. Im Jahr 2009 entfallen auf beide etwa 18 Wochenstunden. Dieses gilt jedoch nur im Mittel, d. h. es gibt deutliche Abweichungen, die von verschiedenen Faktoren abhängig sind.

Bild 4.2 Studienbezogener Zeitaufwand 1991 - 2009[1]
Studierende im Erststudium, Mittelwerte in Stunden pro Woche

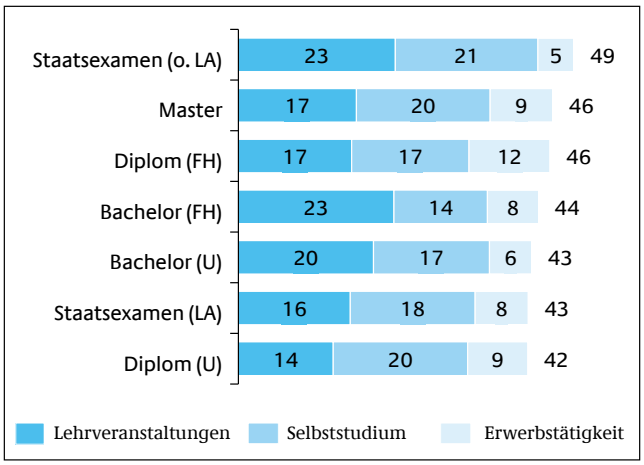


DSW/HIS 19. Sozialerhebung

[1] ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

- Der zeitliche Studienaufwand von Bachelorstudierenden liegt zwar leicht über dem der vergleichbaren Vorläuferstudiengänge (Diplom). Die Befürchtung eines durchregulierten Studienalltags an der Hochschule mit sehr engen Zeitmustern wird aber generell nicht bestätigt. Der Querschnittsvergleich in Bild 4.3 belegt zwar eine zeitliche Mehrbelastung von drei Stunden pro Woche im Bachelorstudium; dies ist jedoch teilweise darauf zurückzuführen, dass die Vergleichsgruppe im Diplomstudium überwiegend in höheren Semestern studiert, wo die zeitliche Belastung durch das Studium tendenziell etwas geringer ist. Bei einem Vergleich von Jahrgangskohorten sind die Unterschiede deutlich geringer.
- Hinsichtlich der zeitlichen Anwesenheit in der Hochschule lässt sich feststellen, dass nahezu vier Fünftel der Studierenden jeweils täglich von Montag bis Donnerstag in der Hochschule mit einer durchschnittlichen Dauer von ca. fünf Stunden anwe-

Bild 4.3 Zeitaufwand für Studium und Erwerbstätigkeit nach Art des angestrebten Abschlusses[1]
Studierende im Erststudium, Mittelwerte in Std./Woche



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

[1] ausgewählte Abschlussarten

send sind, an Freitagen seltener (60 %) und mit gut vier Stunden auch etwas weniger. Das Verhältnis zwischen Anwesenheit in Lehrveranstaltungen und Selbststudium verschiebt sich erheblich mit der Semesterzahl: Während bei den jüngeren Studierenden der Besuch von Lehrveranstaltungen dominiert, wächst der Zeitaufwand für das Selbststudium mit dem Studienverlauf deutlich an und gewinnt gegen Studienende eindeutig die Priorität.

- Während es zwischen Universitäten und Fachhochschulen kaum Unterschiede im Gesamtstudienaufwand gibt, variiert der Zeitaufwand zwischen den Studienbereichen mit einer Spannweite zwischen 46 Stunden (in Medizin und Gesundheitswissenschaften) und 31 Stunden (in Sozialwissenschaften und Sozialwesen) erheblich, wobei sich hier ein seit langem bekanntes Muster auch im Jahr 2009 bestätigt: Ein höherer zeitlicher Aufwand vor allem in natur- und ingenieurwissenschaftlichen sowie künstlerischen Fächern, ein geringerer Aufwand vor allem im Spektrum der geistes-, sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Fächer.

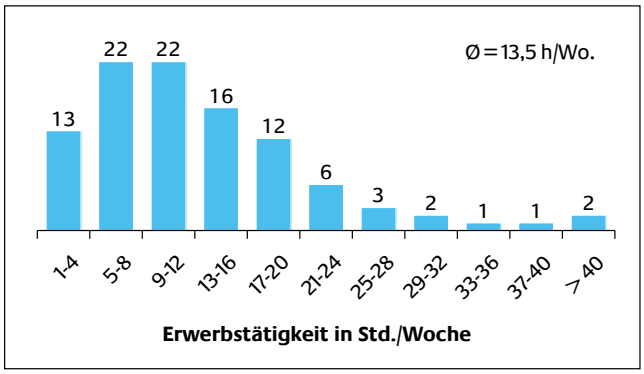
Die zeitliche Studienbelastung während des Semesters wird von 15 % der Studierenden als zu hoch eingestuft. Dieses Urteil fällen Studierende, die an einer Universität ein Staatsexamen (ohne Lehramt) oder einen Bachelor anstreben, überdurchschnittlich häufig (21 % bzw. 19 %).

Die Verwendung der vorlesungsfreien Zeit für studienbezogene Aktivitäten lässt bislang keine auffälligen Unterschiede zwischen den Bachelorstudierenden und denjenigen in den anderen Studiengängen erkennen. Der Anteil der Bachelorstudierenden, der die zeitliche Belastung durch das Studium während der vorlesungsfreien Zeit als zu hoch einschätzt, unterscheidet sich nicht nennenswert von den entsprechenden Anteilen in den traditionellen Studiengängen. Dies gilt auf unterschiedlichem Niveau für beide Hochschularten.

Zum studentischen Alltag gehört auch der Zeitaufwand für eine Erwerbstätigkeit neben dem Studium. Bezogen auf alle Befragten, die sich in einem Erststudium befinden, arbeiten Studierende 2009 im Schnitt acht Stunden in der Woche, um Geld zu verdienen; das ist etwa eine Stunde mehr als im Jahr 2006.

- Die zeitliche Belastung durch Erwerbstätigkeit fällt bei den tatsächlich erwerbstätigen 66 % der Studierenden im Erststudium mit durchschnittlich 13,5 Stunden pro Woche deutlich höher aus. Von diesen arbeiten 35 % bis zu acht Stunden in der Woche, 38 % zwischen neun und 16 Stunden und 27 % sogar mehr als 17 Stunden, was schon einer Halbtagstätigkeit entspricht und teilweise weit darüber hinausgeht (Bild 4.4). Die Erwerbstätigkeit erstreckt sich dabei über die ganze Studienwoche, mit Spitzen am Freitag und am Samstag. Auffällig gegenüber 2006 ist, dass sich die Erwerbsarbeit gleichmäßiger auf alle Wochentage (einschließlich Samstag) erstreckt, dafür aber weniger konzentriert an einzelnen Wochentagen stattfindet. Diese Veränderungen können mit den stringenteren Strukturen im gestuften Studiensystem in Zusammenhang stehen.

Bild 4.4 Studierende nach Zeitaufwand für Erwerbstätigkeit 2009
erwerbstätige Studierende im Erststudium, in %



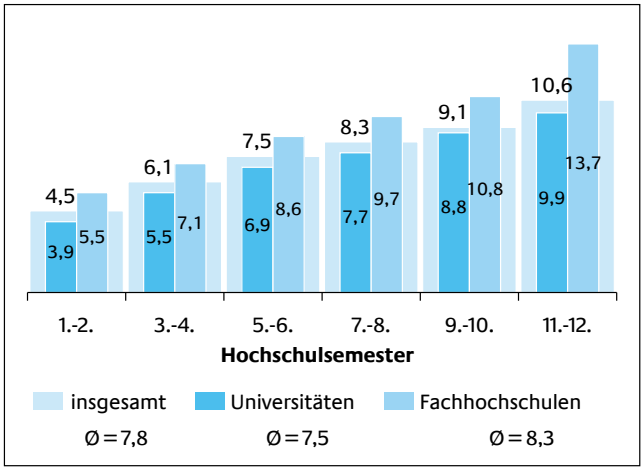
DSW/HIS 19. Sozialerhebung

- Der Zeitaufwand für Erwerbstätigkeit steigt mit dem Studienverlauf relativ kontinuierlich an (Bild 4.5). Studierende an Fachhochschulen sind zeitintensiver erwerbstätig als diejenigen an Universitäten.

Im Querschnittsvergleich ist der Zeitaufwand für Erwerbstätigkeit im Erststudium in den universitären Bachelorstudiengängen mit durchschnittlich sechs Wochenstunden niedrig im Vergleich zum entsprechenden Zeitaufwand in den Diplomstudiengängen (neun Wochenstunden). Dasselbe gilt für Fachhochschulstudiengänge. Wird in den Vergleich jedoch nur das erste Studienjahr einbezogen, ergibt sich ein anderes Bild. Bachelorstudierende im ersten Studienjahr jobben eine (Uni) bzw. drei Stunden wöchentlich (FH) mehr als ihre Kommiliton/innen in den Diplomstudiengängen.

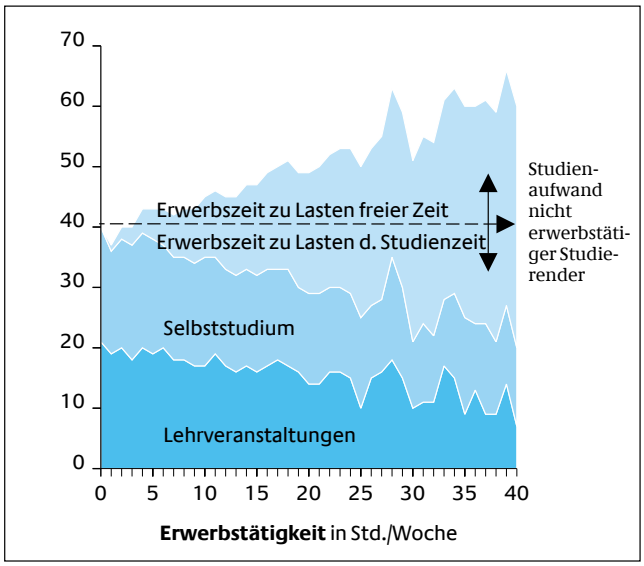
Auch die insgesamt geringere Erwerbstätigenquote der Bachelorstudierenden (58 % Uni, 63 % FH vs. 73 % Uni-Diplom, 70 % FH-Diplom) erklärt sich zumindest weitgehend durch die kürzere Studiendauer und die entsprechende Altersstruktur. Im dritten und vierten Hochschulsemester liegt die Erwerbstätigenquote im Erststudium insgesamt bei 58 %, einem Wert,

Bild 4.5 Zeitaufwand für Erwerbstätigkeit im Studienverlauf insgesamt und nach Hochschulart
Studierende im Erststudium, Mittelwerte in Stunden/Woche



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

Bild 4.6 Erwerbstätigkeit und Studienaufwand
Studierende im Erststudium, Mittelwerte in Stunden/Woche

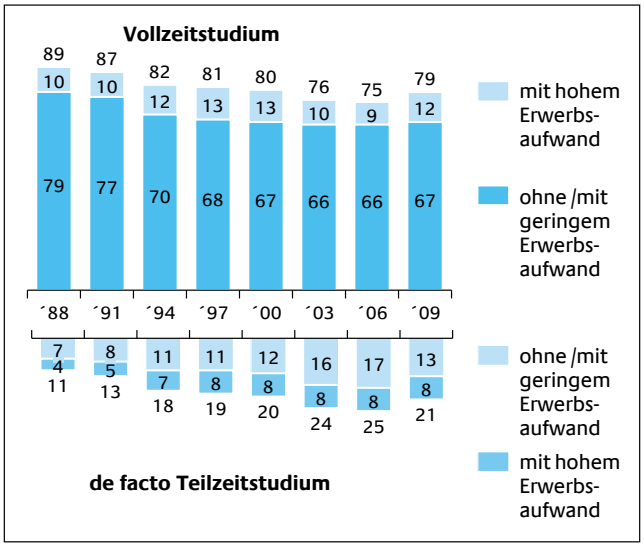


DSW/HIS 19. Sozialerhebung

der auch für die Bachelorstudierenden an Universitäten gilt, die sich schwerpunktmäßig in dieser Studienphase befinden. Zur Situation im Masterstudium kann aufgrund der noch sehr geringen Fallzahlen im Rahmen dieser Untersuchung nichts ausgesagt werden.

- Der Gesamtaufwand für Studium und Erwerbstätigkeit beträgt für Studierende im Erststudium durchschnittlich 44 Stunden in der Woche – bei einer allerdings enormen Streuung von 30 Stunden und weniger (18 % aller Befragten) bis zu mehr als 50 Stunden, was auf immerhin 31 % zutrifft; 13 % kommen sogar auf eine wöchentliche Gesamtbelastung von mehr als 60 Stunden (vgl. Bild 4.1). Im Vergleich mit 2006 ist der zeitliche Gesamtaufwand für Studium und Job damit deutlich angestiegen (im Durchschnitt um plus drei Wochenstunden bzw. gut 7 %).
- Mit zunehmender Erwerbstätigkeit verschiebt sich die Verteilung der Zeitanteile zwischen Studium und freier Zeit. Der zusätzliche Zeitaufwand für Erwerbstätigkeit geht in etwa gleichem Umfang zu Lasten sowohl des Studiums als auch der verbleibenden Freizeit (Bild 4.6). Unter Gesichtspunkten eines möglichst effektiven Studiums sind die zeitlichen Konsequenzen für das Studium durch den faktisch geringeren wöchentlichen Zeitaufwand, der zum Studium noch zur Verfügung steht, problematisch, auch wenn studienbegleitende Erwerbstätigkeit nur einen von vielen Gründen für ein längeres Studium darstellt. Gegenüber 2006 ist festzustellen, dass die studentische Erwerbsarbeit etwas mehr zu Lasten der Freizeit geht und entsprechend etwas weniger zu Lasten des Studiums.
- Der Zeitaufwand, der in Studium und Erwerbstätigkeit investiert wird, hängt von zahlreichen sozialen und individuellen Faktoren ab. Von besonderer Bedeutung ist auch hier die soziale Herkunft. So steigt der durchschnittliche Erwerbsaufwand im Studienverlauf bei Studierenden aus der Herkunftsgruppe „niedrig“ stärker an als bei denjenigen aus der Herkunftsgruppe „hoch“, mit entsprechenden Konsequenzen für das Studium. Die subjektive Einstellung zum Studium ist ein weiterer Faktor, der mit dem Zeitbudget, das in das Studium investiert wird, korrespondiert.
- Die Sozialerhebung unterscheidet zwischen vier Studien-Erwerbs-Typen (zur Definition vgl. Abschnitt 9.3.4, Hauptbericht 19. Sozialerhebung), denen jeweils ein bestimmter Zeitaufwand für Studium und/ oder Erwerbstätigkeit zugrunde gelegt wird. Danach praktizieren im Sommersemester 2009 79 % aller Studierenden im Erststudium ein Vollzeitstudium (definiert als wöchentlicher Studienaufwand von 25 Stunden oder mehr), darunter 12 % mit hohem Erwerbsaufwand (definiert als wöchentlich mehr als 15 Stunden). Der Anteil der Vollzeitstudierenden hat seit 1988 – damals noch 89 % – bis 2006 auf 75 % kontinuierlich abgenommen (Bild 4.7). 2009 ist dieser Trend erstmalig durchbrochen worden, indem der Anteil an Vollzeitstudierenden wieder um vier Prozentpunkte zugenommen hat, möglicherweise auch eine Auswirkung der Studienstrukturreform. Korrespondierend damit hat sich der Anteil derjenigen Studierenden im Erststudium, der de facto ein Teilzeitstudium (mit weniger als 25 Stunden pro Woche) betreibt, von 25 % in 2006 – einem Spitzenwert in der bisherigen Entwicklung – auf 21 % in 2009 reduziert.
- Die vier Studien-Erwerbs-Typen (nur Erststudium) verteilen sich unterschiedlich nach Abschlussart, Studienfach und Studienverlauf. Den größten Anteil an Vollzeitstudierenden weisen Studiengänge auf, die mit dem Staatsexamen (ohne Lehramt) oder einem Bachelor enden, den geringsten hingegen Magisterstudiengänge. Eine tiefer gehende Bestandsaufnahme der Situation in den Bachelorstudiengängen wird im Rahmen eines Sonderberichts erfolgen.
- Mit dem Studienverlauf nimmt die Häufigkeit eines de facto Teilzeitstudiums deutlich zu: Während noch 86 % bis 87 % der Studierenden in den ersten beiden Studienjahren im

Bild 4.7 Studien-Erwerbs-Typ – Entwicklung 1991 - 2009[1]
Studierende im Erststudium, in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

[1] ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

Vollzeitmodus studieren, sind es im vierten Studienjahr nur noch 77 % und im fünften nur noch 74 %. Der Anteil der Vollzeitstudierenden ist vor allem in der Fächergruppe Medizin, aber auch in den Ingenieurwissenschaften und in Mathematik/Naturwissenschaften höher als im Durchschnitt und fällt in der Fächergruppe Sozialwissenschaften/Psychologie/Pädagogik deutlich niedriger aus.

- Mit 66 % ist die Erwerbstätigenquote unter Studierenden im Erststudium im Jahr 2009 gegenüber 2006 wieder um drei Prozentpunkte gestiegen und liegt damit auch im längerfristigen Vergleich auf einem hohen Niveau (Bild 4.8). Dieser Anstieg ist vor allem auf diejenigen zurückzuführen, die laufend während des Semesters gearbeitet haben, was bei 38 % der Studierenden der Fall ist (2006: 33 %).
- Differenziert nach regionalen Merkmalen, liegt die Erwerbstätigenquote in den neuen Ländern mit 55 % weit unter der für die alten Länder (68 %). Ansteigend ist sie in beiden Regionen. Mit 32 Prozentpunkten Differenz (78 % in Köln, 46 % in Osnabrück) gibt es starke Unterschiede auf lokaler Ebene (Bild 4.9), ebenso zwischen den einzelnen Ländern.
- Die Erwerbstätigenquote steigt mit dem Alter deutlich an – von 39 % bei den 19-Jährigen auf 79 % bei den 30-Jährigen und älteren Studierenden; ebenso der Anteil der laufend Erwerbstätigen. Geschlechtsspezifische Unterschiede sind relativ gering; bei den Jüngeren (bis 25-Jährigen) ist die Erwerbstätigenquote der Frauen etwas höher. Zwischen den sozialen Herkunftsgruppen fallen die Unterschiede geringer aus, als erwartet werden könnte: In allen vier Gruppen liegt die Erwerbstätigenquote deutlich über 60 % (Bild 4.10).
- Unter den vielfältigen Motiven, neben dem Studium zu arbeiten, steht der Grund „notwendig für den Lebensunterhalt" an erster Stelle (45 % mit voller Zustimmung), gefolgt von dem Motiv „sich etwas mehr leisten können" (40 %). Auch die Unab-

Bild 4.8 Erwerbstätigenquote, Regelmäßigkeit der Erwerbstätigkeit und Erwerbsaufwand 2000 - 2009[1]
Studierende im Erststudium

Vorlesungszeit Sommersemester	2000	2003	2006	2009
Erwerbstätigenquote (in %)	65	66	63	66
Erwerbstätigkeit (in %)				
nicht erforderlich	13	11	10	10
wegen Studienbelastung nicht möglich	21	20	24	21
ohne Erfolg Job gesucht	2	3	4	3
gelegentlich gearbeitet	23	19	19	18
häufig gearbeitet	16	11	10	10
laufend gearbeitet	25	36	33	38
Erwerbsaufwand (arithm. Mittel in Std./Woche)				
gelegentlich gearbeitet	9	8	9	8
häufig gearbeitet	15	13	13	13
laufend gearbeitet	18	15	16	16
insgesamt	14	13	14	14

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

[1] ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

Bild 4.9 Erwerbstätigenquoten nach Hochschulstandort[1]
Studierende im Erststudium, in %

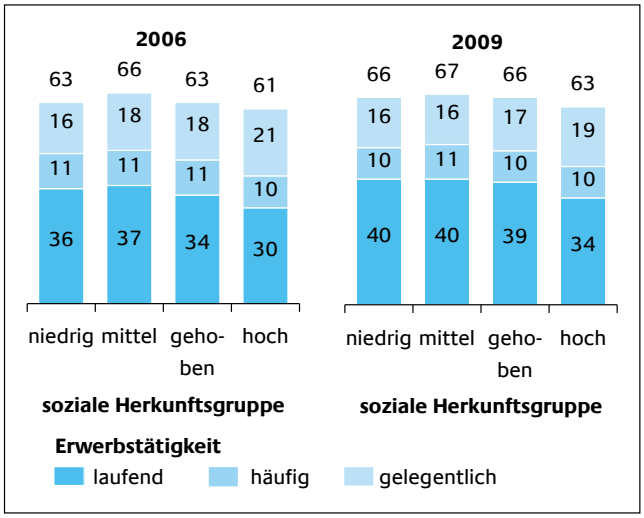
Standort	Erw.-quote	Standort	Erw.-quote
Wuppertal	84	Bonn	68
Köln	79	Freiburg	67
Frankfurt am Main	76	Augsburg	66
Dortmund	76	Saarbrücken	66
Mainz	73	Rostock	66
Berlin	73	Kiel	64
Düsseldorf	73	Ulm	63
Hamburg	72	Gießen	59
Darmstadt	71	Regensburg	63
München	71	Aachen	62
Erlangen-Nürnberg	71	Karlsruhe	60
Trier	71	Tübingen	60
Duisburg	70	Gießen	59
Bremen	70	Würzburg	59
Bielefeld	70	Braunschweig	59
Kassel	70	Magdeburg	58
Stuttgart	70	Dresden	58
Münster	69	Konstanz	57
Potsdam	69	Göttingen	56
Hannover	69	Halle	54
Heidelberg	69	Leipzig	54
Bochum	68	Marburg	54
Paderborn	68	Jena	50

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

[1] nur Hochschulstandorte mit mindestens 100 Fällen in der Stichprobe

Bild 4.10 Erwerbstätigenquote und Regelmäßigkeit der Erwerbstätigkeit nach sozialer Herkunft 2006 - 2009[1]

Studierende im Erststudium, in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

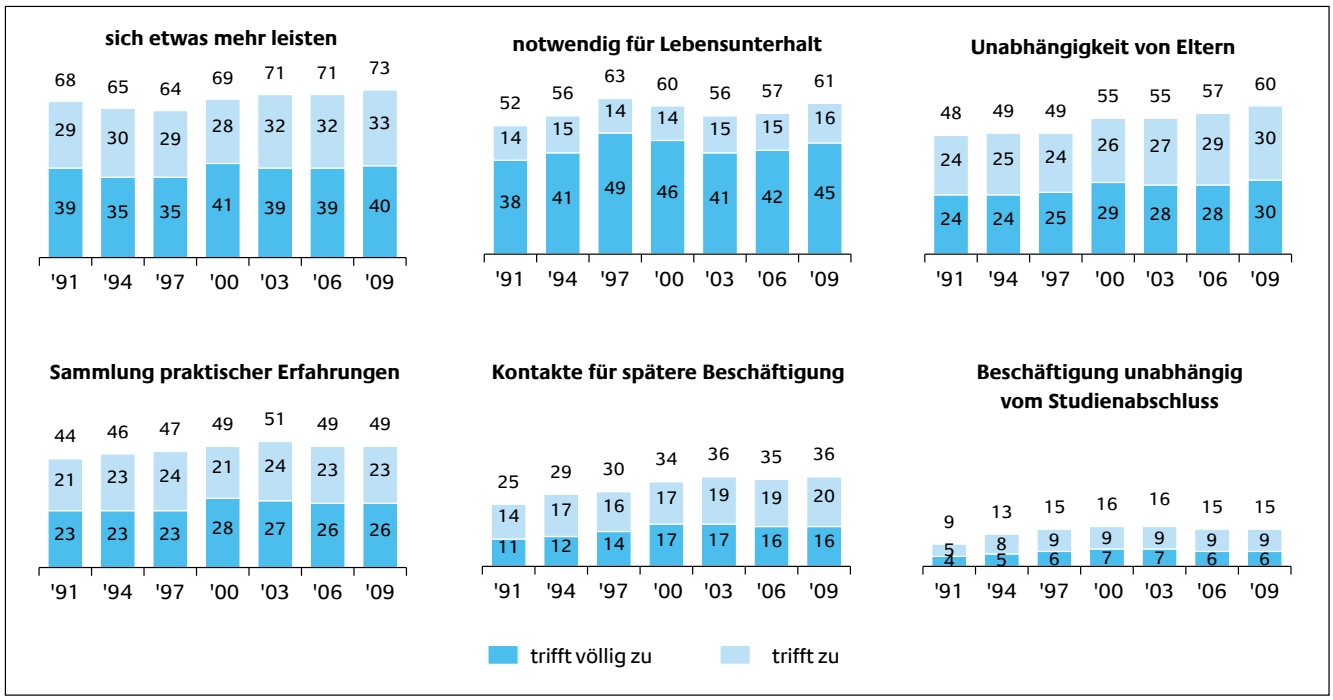
[1] ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

hängigkeit von den Eltern (30 %) sowie das „Sammeln praktischer Erfahrungen" (26 %) spielen noch eine größere Rolle (Bild 4.11). Steht das Motiv „Lebensunterhalt" im Vordergrund, dehnen sich die durchschnittlichen Arbeitszeiten tendenziell aus, während der Grund „sich etwas leisten können" eher zu moderaten Arbeitszeiten führt. Die Motive korrespondieren mit dem Alter – jüngere Studierende arbeiten eher, um sich etwas mehr leisten zu können, ältere dagegen eher mit dem Ziel der Sicherung des Lebensunterhalts. Bei Studierenden aus der Herkunftsgruppe „niedrig" steht der Lebensunterhalt als Erwerbsmotiv im Vordergrund; bei denjenigen aus der Herkunftsgruppe „hoch" dominieren die Motive, sich etwas mehr zu leisten sowie Praxiserfahrungen zu sammeln.

- Erwerbstätige Studierende finden sich in einer ganzen Bandbreite von Jobs, von hochqualifizierten bis zu einfachen Aushilfstätigkeiten, die mit 40 % (Erststudium) das Bild dominieren. 32 % arbeiten als studentische/wissenschaftliche Hilfskraft. Der durchschnittliche Verdienst im Erststudium liegt bei 9 € pro Stunde, aber mit einer erheblichen Spannweite; bei freiberuflicher/selbständiger und bei höher qualifizierter Tätigkeit, insbesondere in Anknüpfung an eine schon erworbene Qualifikation, lässt sich ein höheres Entgelt erzielen.
- Die Einführung allgemeiner Studiengebühren hat insgesamt keinen messbaren Einfluss auf das studentische Zeitbudget. Aufgrund zahlreicher Ausnahmen und Befreiungen und der (Teil-)Übernahme der Gebührenzahlung durch die Eltern (bei 59 % der Gebührenzahler) belastet die Gebührenpflicht vornehmlich diejenigen, die ihr mit eigenen Mitteln nachkommen müssen. In dieser Gruppe hat sich im Vergleich zum Sommersemester 2006 vor allem der Anteil der „laufend" Erwerbstätigen erhöht.

Bild 4.11 Entwicklung der Motive für Erwerbstätigkeit 1991 - 2009[1]

erwerbstätige Studierende im Erststudium, in %, Positionen „trifft völlig zu" und „trifft zu" auf einer Bewertungsskala von „trifft gar nicht zu" bis „trifft völlig zu"



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

[1] ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

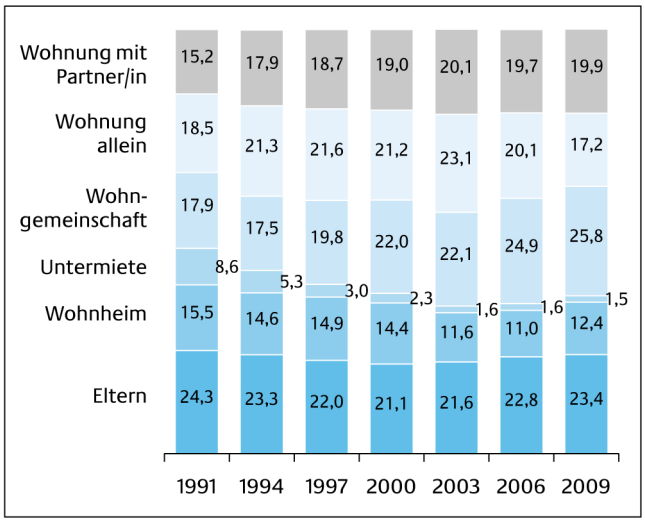
5. Soziale Infrastruktur für Studierende

Welche Bedeutung hat die soziale Infrastruktur für das Studium, welche Anforderungen stellen Studierende an diese und wie stellt sich ihre Nutzung dar? Hochschulzugang und Studienerfolg sind nicht nur von der Finanzierung des Studiums und dem Zeitbudget abhängig, das für das Studium zur Verfügung steht. Vielmehr bedeutet ein Hochschulstudium in der Regel auch, sich nach einer Unterkunft umzusehen, sich verpflegen und vielfältige Herausforderungen meistern zu müssen, die mit dem Wechsel in eine neue Lebensphase zusammenhängen. Die Studentenwerke bieten dafür an den einzelnen Standorten entsprechende Dienstleistungen an, zu denen Angebote für preiswertes Wohnen in Wohnheimen, preisgünstige Verpflegungsangebote in Mensen und Cafeterien und auch zahlreiche Beratungs- und Informationsangebote gehören. Aufgrund der Zentralität dieser Fragen für die große Mehrzahl der Studierenden sind diese Aspekte ein regelmäßiges Thema der Sozialerhebungen. Sollte sich das deutsche Hochschulsystem zukünftig noch stärker ausdifferenzieren, ist es vorstellbar, dass solche Angebote als Wettbewerbsfaktoren sogar noch stärker an Bedeutung gewinnen.

Wie wohnen Studierende und was hat sich hier verändert? Folgende Ergebnisse zur Wohnsituation werden hervorgehoben:

- Die Entwicklung der studentischen Wohnformen, weist über den Zeitraum der letzten 20 Jahre keinen so fundamentalen Wandel mehr auf wie in den vier Jahrzehnten zuvor (vgl. Bild 5.1 sowie 18. Sozialerhebung, S. 353). Sie ist u. a. dadurch geprägt, dass die Wohnform der Untermiete schon seit Beginn des letzten Jahrzehnts bedeutungslos geworden ist und der Anteil, der selbstorganisiert wohnt, in eigener Wohnung mit oder ohne Partner/in sowie in einer Wohngemeinschaft, bis 2003 permanent zugenommen hat und danach auf hohem Niveau stabil geblieben ist. Die langfristige Entwicklung ist primär von drei Faktoren beeinflusst worden: erstens von der Angebotsentwicklung auf dem Wohnungsmarkt, einschließlich der Wohnheimkapazitäten; zweitens vom Wandel der Wohnnachfrage, die u. a. von der Entwicklung der Studierendenzahlen abhängig ist sowie von den individuellen Wohnpräferenzen und der sich darin manifestierenden Lebensstile; drittens schließlich von der Preis- und Kostenentwicklung in Verbindung mit den finanziellen Möglichkeiten der Studierenden.
- Im Jahr 2009 ergibt die Verteilung der Wohnformen für alle Studierenden folgendes Bild: Die Wohngemeinschaft ist die am häufigsten gewählte Wohnform (26 %), gefolgt vom Wohnen bei den Eltern (23 %). Der Anteil an Studierenden, die allein in einer eigenen Wohnung wohnen, ist auf 17 % zurückgegangen, eine eigene Wohnung mit einem Partner bzw. einer Partnerin teilen sich 20 %. Einen Platz in einem Wohnheim haben 12 % der Studierenden. Die Veränderungen zwischen 2006 und 2009 fallen damit vergleichsweise moderat aus. Der Anteil der Wohnheimwohner/innen und der Anteil derjenigen, die in einer Wohngemeinschaft leben, hat um jeweils einen Prozentpunkt zugenommen; umgekehrt hat die alleinige Nutzung einer Wohnung um drei Prozentpunkte abgenommen.
- Zwischen tatsächlicher Wahl und bevorzugter Wohnform gibt es eine gewisse Diskrepanz. Bei freier Wahl – d. h. ohne Rücksicht auf das lokale Angebot und die Kosten – stünde die gemeinsame Wohnung mit dem/der Partner/in an erster Stelle (35 %). Die Wohngemeinschaft (25 %) und die alleinige Wohnung (23 %) kämen gleich danach. Auf das Wohnheim entfielen 9 %. Am größten ist die Diskrepanz bei der Elternwohnung, für die sich nur 8 % bei freier Wahlmöglichkeit entscheiden würden. Die Übereinstimmung zwischen bevorzugter und realisierter Wohnform ist am höchsten bei der Wohnung, die mit dem/der Partner/in geteilt wird (95 %). Es folgen fast gleichauf die Wohngemeinschaft (63 %) und die alleinige Wohnung (60 %). Schon deutlich niedriger fällt die Übereinstimmung beim Wohnheim (40 %) aus; bei den Eltern oder zur Untermiete (22 % bzw. 17 %) wohnen die meisten Studierenden nicht, weil sie diese Wohnformen bevorzugen, sondern weil sie offenbar keine andere Möglichkeit gefunden haben.
- Einen deutlichen Unterschied gibt es zwischen den alten und neuen Ländern, auch wenn sich die Wohnpräferenzen selbst nicht mehr unterscheiden. Ein Platz in einer Wohngemeinschaft oder einem Wohnheim hat in den neuen Ländern eine deutlich größere Bedeutung, das Wohnen bei den Eltern dagegen eine sehr viel geringere (Bild 5.2). Auffällig ist der in den 1990er Jahren drastische, inzwischen deutlich verlangsamte Bedeutungsverlust der Wohnheime in den neuen Ländern von über 60 % (1991) auf 15 % (2009), der auf mehrere Ursachen zurückzuführen ist: Modernisierungsmaßnahmen, die mit ei-

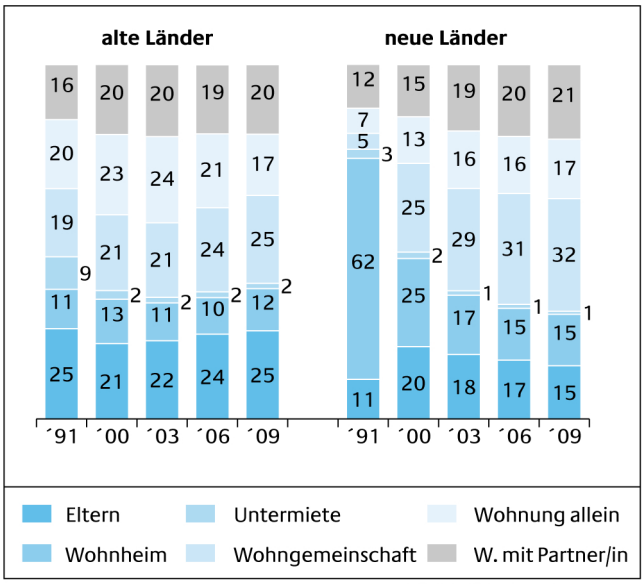
Bild 5.1 Wohnformen der Studierenden 1991 - 2009
in %[1]



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

[1] Rundungsdifferenzen möglich
[2] ab 2006 einschl. Bildungsinländer/innen

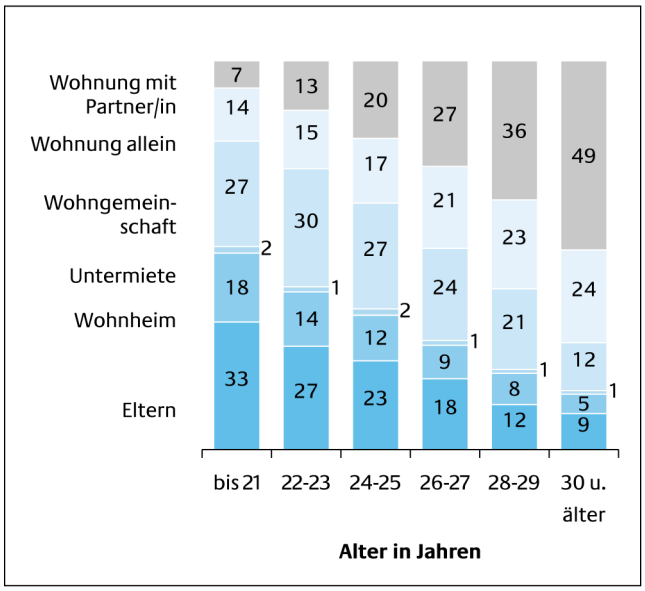
Bild 5.2 Wohnformen der Studierenden nach alten und neuen Ländern[1]
in %[2]



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

[1] ab 2000 Berlin den alten Ländern zugeordnet; ab 2006 einschl. Bildungsinländer/innen
[2] Rundungsdifferenzen möglich

Bild 5.3 Wohnformen in Abhängigkeit vom Alter der Studierenden
Studierende je Altersgruppe, in %[1]



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

[1] Rundungsdifferenzen möglich

nem Kapazitätsverlust verbunden waren, der enorme Anstieg der Studierendenzahlen, alternative Angebote auf dem freien Wohnungsmarkt etc. Abgesehen von den Unterschieden zwischen alten und neuen Ländern gibt es auch zwischen den 16 Ländern z. T. beträchtliche Unterschiede in den Wohnformen.

- Die individuelle Wahl der Wohnform wird von verschiedenen Faktoren beeinflusst. Ältere Studierende wohnen z. B. anders als jüngere. Mit dem Alter nimmt die Bedeutung der Elternwohnung, der Wohngemeinschaft und des Wohnheims (schon aufgrund der zumeist begrenzten Wohndauer) deutlich ab, die der eigenen Wohnung und vor allem die einer Wohnung mit dem/r Partner/in dagegen deutlich zu (Bild 5.3). Die Unterschiede zwischen den Geschlechtern sind dagegen geringer. Studentinnen wohnen seltener als Studenten bei ihren Eltern und auch seltener im Wohnheim. Sie wohnen vor allem häufiger bereits mit einem Partner zusammen, wobei neben dem Geschlecht selbstverständlich auch der Familienstand großen Einfluss hat. Die soziale Herkunft wirkt sich ebenso aus: Studierende aus der Herkunftsgruppe „niedrig“ wohnen häufiger bei den Eltern oder mit dem/der Partner/in zusammen, diejenigen aus der Herkunftsgruppe „hoch“ dagegen häufiger in einer Wohngemeinschaft oder alleinigen Wohnung. Interessant ist, dass ein Platz in einem Wohnheim für alle sozialen Herkunftsgruppen gleichermaßen attraktiv ist.
- Insgesamt äußern sich 60 % als mit ihrer Wohnsituation (sehr) zufrieden. Am höchsten ist die Zufriedenheitsquote bei denen, die mit Partner/in in einer eigenen Wohnung zusammen leben (72 %). Am unzufriedensten äußern sich diejenigen, die bei ihren Eltern, zur Untermiete oder im Wohnheim wohnen.

Zur Nutzung und Einschätzung der gastronomischen Einrichtungen im Hochschulbereich (Mensen und Cafeterien) sind folgende Ergebnisse hervorzuheben:

- Hinsichtlich der Nutzungsfrequenz lässt sich für 2009 feststellen, dass 85 % der Studierenden im Laufe einer Woche eine Mensa/Cafeteria besuchen – im Durchschnitt etwa viermal innerhalb einer Woche. Das Mittagessen ist der mit Abstand häufigste Anlass dafür, es folgen Zwischenmahlzeiten und Frühstück, während das Abendessen bislang äußerst selten vorkommt (Bild 5.4). 78 % der Studierenden gehen durch-

Bild 5.4 Mensa-/Cafeteria-Besuche im Lauf einer Woche nach Art der Mahlzeit
Studierende in %

Häufigkeit	Frühstück	Zwischenmahlzeit Vormittag	Mittagessen	Zwischenmahlzeit Nachmittag	Abendessen
nie	82	65	22	66	93
einmal	9	17	19	17	4
zweimal	4	11	18	10	2
dreimal	3	5	18	4	1
viermal	1	1	12	2	0
fünfmal und häufiger	1	1	11	1	0
insgesamt	100	100	100	100	100
Ø Häufigkeit[1]	1,9	1,8	2,7	1,8	1,6

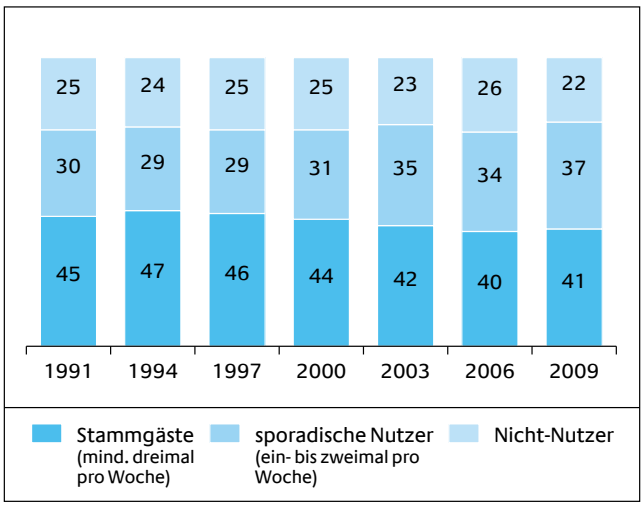
DSW/HIS 19. Sozialerhebung

[1] durchschnittliche Häufigkeit bezogen auf diejenigen, die eine entsprechende Mahlzeit einnehmen

schnittlich 2,7 mal in der Woche zum Mittagessen in die Mensa. Mit Ausnahme der Zwischenmahlzeiten werden die Verpflegungseinrichtungen häufiger von Studenten als von Studentinnen genutzt.

- Im längeren Zeitverlauf blieb der Anteil der Mensabesucher/innen seit 1991 weitgehend unverändert. Etwas verringert hat sich der Anteil der Stammgäste – und zwar sowohl bei den Frauen wie bei den Männern –, während sporadische Nutzung zugenommen hat (Bild 5.5). Stammgäste sind eher männlich, sporadische Nutzer und Nicht-Nutzer häufiger weiblich. Gegenüber 2006 hat sich der Anteil der sporadischen Nutzer/innen um drei Prozentpunkte und der Anteil der Stammgäste um einen Prozentpunkt erhöht. Der Anteil der Nicht-Nutzer ist entsprechend zurückgegangen.

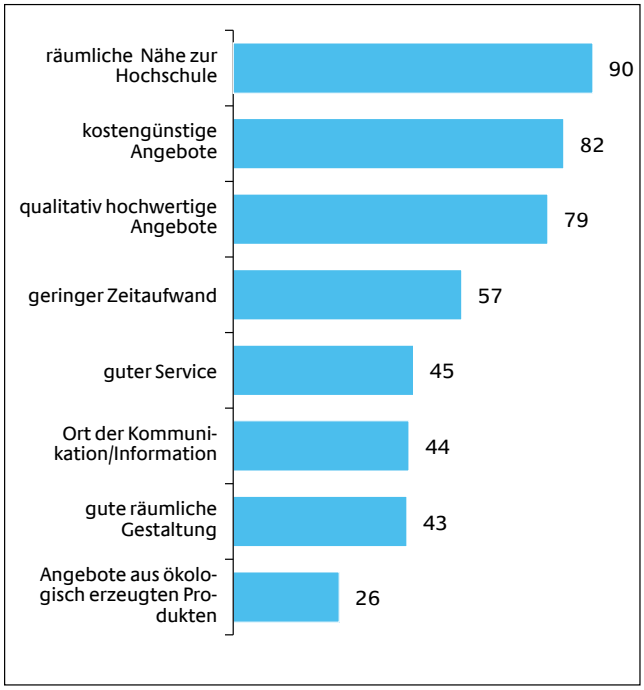
Bild 5.5 Häufigkeit des Mensabesuchs zum Mittagessen im Zeitvergleich
in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

- Der Anteil derjenigen, die nie die Mensen nutzen, ist in allen Altersklassen zurückgegangen, am stärksten bei den älteren Studierenden. Dennoch nutzen jüngere Studierende die Mensen auch 2009 häufiger als ältere. Studierende, die im Wohnheim oder in einer Wohngemeinschaft wohnen, sind öfter Stammgäste. Die Höhe der monatlichen Einnahmen beeinflusst die Häufigkeit des Mensabesuchs nur wenig. Studierende der Ingenieurwissenschaften, Medizin und der Naturwissenschaften besuchen die gastronomischen Einrichtungen an der Hochschule häufiger als ihre Kommiliton/innen. Studierende in den Bachelor-Studiengängen sind etwas häufiger Stammgäste der Mensa als Studierende in den Diplom-/Magister-Studiengängen (41 % vs. 39 %). Werden gleichaltrige Studierende der neuen und alten Studiengänge verglichen, sind keine Unterschiede feststellbar.
- Unter den Erwartungen an die Mensa/Cafeteria dominieren eindeutig die günstige räumliche Nähe zur Hochschule (von 90 % als (sehr) wichtig genannt), der Preis (82 %) und die Qualität der Angebote (79 %), schließlich auch der geringe Zeitaufwand (57 %). Darüber hinaus sehen 44 % die Mensen und Cafeterien auch als einen Ort der Kommunikation, als einen Treffpunkt an, weshalb für ungefähr genauso viele Befragte auch die räumliche Gestaltung wichtig ist (Bild 5.6). Für die tatsächlichen Nutzer/innen der Mensen und Cafeterien spielen die räumliche Nähe zur Hochschule und der damit verbundene geringe Zeitaufwand neben den günstigen Preisen eine noch größere Rolle.

Bild 5.6 Mensa/Cafeteria – wichtige Aspekte aus der Sicht der Studierenden
Angaben auf einer Skala von 1 = „überhaupt nicht wichtig“ bis 5 = „sehr wichtig“, 4 + 5 in %



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

Zum Beratungsbedarf sind folgende Ergebnisse hervorzuheben:

- Unter allen Studierenden im Erststudium geben 61 % an, in den vergangenen zwölf Monaten einen Beratungs- und Informationsbedarf zu mindestens einem Thema (aus einer vorgegebenen Liste) gehabt zu haben. Dabei stehen finanzielle Themen (Studienfinanzierung, Krankenversicherung, Auslandsaufenthalt) im Vordergrund, es folgen studien(leistungs)bezogene Probleme (z. B. Zweifel, das Studium fortzuführen, Arbeitsprobleme) und Probleme, die sich auf die eigene Person oder das persönliche Umfeld beziehen, u. a. auch psychische Schwierigkeiten wie depressive Verstimmungen oder Selbstwertprobleme (Bild 5.7). Auffällig ist, dass der Beratungs- und Informationsbedarf zwischen 2006 und 2009 insgesamt um fünf Prozentpunkte abgenommen hat. Dies trifft vor allem auf den Bereich der finanzierungsbezogenen Themen zu (minus acht Prozentpunkte). Der stärkste Rückgang zeigt sich bei den Themen Krankenversicherung und Finanzierung eines Auslandsaufenthalts (jeweils um fünf Prozentpunkte). Demgegen-

Bild 5.7 Beratungs- und Informationsbedarf
Studierende im Erststudium, in %, Mehrfachnennungen

DSW/HIS 19. Sozialerhebung

über ist der Bedarf an Information und Beratung zu studien-(leistungs)bezogenen Themen wie Arbeitsorganisation/Zeitmanagement, Prüfungsangst und Studienabschlussprobleme konstant geblieben, während er zum Thema Lern-/Leistungsprobleme geringfügig gestiegen ist.

- Unterschiede im Beratungsbedarf fallen zwischen den beiden Hochschularten sehr gering aus; lediglich Probleme mit der Studienfinanzierung sind häufiger für Studierende an Fachhochschulen ein Anlass, Beratung und Information zu suchen. Auch die Unterschiede zwischen den Bachelor-Studierenden und denen, die einen traditionellen Abschluss anstreben, fallen insgesamt nicht sehr gravierend aus. Allerdings gibt es auch hier interessante Aspekte im Detail. So sind es die Bachelor-Studierenden, die einen gegenüber den Studierenden anderer Abschlussarten erhöhten Beratungs- und Informationsbedarf zum Thema Studienfinanzierung haben. Dagegen rücken für sie Probleme im Zusammenhang mit einer eigenen Krankenversicherung in den Hintergrund, weil sie die entsprechende Altersgrenze dafür häufig noch gar nicht erreicht haben. Im Kontext studien- und leistungsbezogener Themen plagen die Bachelor-Studierenden einerseits etwas häufiger Zweifel, das Studium fortzuführen. Andererseits haben sie deutlich seltener Beratungsbedarf im Zusammenhang mit Studienabschlussproblemen.
- Sehr deutlich variiert der themenspezifische Beratungs- und Informationsbedarf mit einigen sozio-demografischen Merkmalen, z. B. mit dem Alter der Studierenden. So stehen allgemeine finanzielle Fragen eher bei den Jüngeren und bei den Älteren im Vordergrund. Die Krankenversicherung wird bei den 25-27-Jährigen zu einem ganz wichtigen Thema, hervorgerufen durch den Wegfall der Mitversicherung bei den Eltern i. d. R. nach dem 25. Lebensjahr. Nahezu alle studien(leistungs)-bezogenen Themen gewinnen mit zunehmendem Alter an Bedeutung. Eine Ausnahme bilden Zweifel, das Studium fortzusetzen, die auch für die Jüngeren bereits sehr relevant sind. Ebenso nehmen einige Probleme im persönlichen Umfeld wie depressive Verstimmungen und Selbstwertprobleme mit dem Alter zu . Diskontinuierliche Studienverläufe und eine hohe Erwerbsbelastung vergrößern den Beratungsbedarf. Auch das Geschlecht bzw. geschlechtsspezifische Wahrnehmungs- und Verhaltensweisen üben einen Einfluss auf den Beratungs- und Informationsbedarf aus. So sehen Studentinnen nahezu über alle Themen hinweg häufiger einen Bedarf an Beratung und Information als Studenten. Die soziale Herkunft wirkt sich ebenfalls auf den Beratungsbedarf aus. Studierende aus der Herkunftsgruppe „niedrig“ geben zu nahezu allen Themen einen höheren Beratungsbedarf an, am stärksten zu Fragen der Studienfinanzierung.
- Von den Studierenden mit einem Beratungs- und Informationsbedarf (61 %) haben mehr als die Hälfte (33 % aller Studierenden im Erststudium) eine professionelle Beratungseinrichtung aufgesucht. Eine so hohe „Nutzungsquote“ von 55 % (in Bezug auf diejenigen mit einem Beratungsbedarf) wird aber nur bei finanzierungsbezogenen Problemen erreicht. Bei studien- bzw. leistungsbezogenen Problemen wird schon seltener professionelle Hilfe in Anspruch genommen, hier liegt die „Nutzungsquote“ nur noch bei 27 %. Noch seltener werden Beratungsangebote bei Problemen im persönlichen Umfeld wahrgenommen („Nutzungsquote“ von 18 %).

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit vom Bundesministerium für Bildung und Forschung unentgeltlich abgegeben. Sie ist nicht zum gewerblichen Vertrieb bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerberinnen/Wahlbewerbern oder Wahlhelferinnen/Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.
Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen und an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.
Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift der Empfängerin/dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Bundesministerium
für Bildung
und Forschung